Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4784**

17. Wahlperiode 15. 02. 2011

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Jutta Krellmann, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/4072 –

Fakten und Position der Bundesregierung zum so genannten Fachkräftemangel

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit Monaten beklagen Bundesregierung und Arbeitgeberverbände einen bestehenden bzw. drohenden Fachkräftemangel und warnen vor einem damit verbundenen Wohlstandsverlust. Verschiedene Gruppen nutzen diese Debatte, um sie für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Einzelne Wissenschaftler fordern wegen des angeblichen Fachkräftemangels längere Wochenarbeitszeiten für Beschäftigte, Unternehmensvertreter fordern einen späteren Rentenbeginn und Zuwanderung nach rein ökonomischen Kriterien. Mit der unkritischen Übernahme der These eines Fachkräftemangels gerät aber vor allem aus dem Blick, dass es in Deutschland immer noch Millionen Menschen ohne Arbeit gibt. Das Statistische Bundesamt nennt die Zahl von 8,6 Millionen Menschen, die sich im Jahr 2009 entweder überhaupt einen Arbeitsplatz oder mehr Arbeitsstunden wünschten. Laut Bericht „Bildung in Deutschland 2010“ haben 1,5 Millionen junge Menschen in Deutschland zwischen 20 und 29 Jahren keinen Berufsabschluss. Als wesentliche Ursache für den hohen Anteil an ungelernten Jugendlichen sehen die Wissenschaftler das knappe Lehrstellenangebot an. Der tatsächliche Bedarf an Ausbildungsplätzen werde viel zu niedrig eingeschätzt.

Entgegen der in der Öffentlichkeit kolportierten Meinung legen seriöse Studien nahe, dass es keinen generellen und branchenübergreifenden Mangel gibt und dass allenfalls in bestimmten Branchen – wie in Boomzeiten allgemein üblich – ein hoher Bedarf an Fachkräften herrscht. So relativieren gemeinsame Forschungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) die übliche Dramatisierung eines drohenden Fachkräftemangels (Helmrich/Zika 2010). Sie zeichnen ein differenziertes Bild, sprechen von einem steigenden Bedarf an Fachkräften in einigen wenigen Bereichen bei gleichzeitig möglicher Unterbeschäftigung in vielen anderen Bereichen, insbesondere in der Gruppe der Geringqualifizierten. Und sie weisen auf die beschränkte Aussagekraft von längerfristigen Prognosen zum Fachkräftemangel hin: So träfen die in diesen Prognosen „gemachten Vorhersagen“ nur dann ein, „wenn bestimmte, genau benannte Bedingungen gelten und über den Projektionszeitraum Bestand haben.“ Bei Arbeitskraftmangel würde es in der Reali-

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 11. Februar 2011 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

tät immer zu Anpassungsreaktionen kommen, etwa durch Umstellung von Produktionsprozessen. Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW) stellt die These eines Fachkräftemangels sogar grundsätzlich in Frage: Für ein generell knappes Arbeitskräfteangebot gäbe es keine Belege, da die Löhne der Fachkräfte kaum gestiegen sind und die Zahl qualifizierter Arbeitsloser größer als die Zahl der offenen Stellen sei. Ferner sei angesichts der vielen Ingenieursstudierenden nicht mit einem Mangel zu rechnen, vielmehr in einzelnen Branchen sogar eine „Fachkräfteschwemme“ möglich.

Eine Politik, die sich nicht einseitig im Interesse der Unternehmensverbände instrumentalisieren lassen will, muss gründlich prüfen, inwiefern ein tatsächlicher Fachkräftemangel besteht. Eine zukunftsorientierte Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sollte, ausgehend von einer fundierten Bestandsaufnahme von Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkt, absehbare Qualifizierungsbedarfe ermitteln und bildungspolitisch voreilend darauf reagieren. Einwanderungsregelungen müssen zudem mögliche negative Auswirkungen einer Anwerbepolitik von Fachkräften für die Herkunftsländer berücksichtigen („brain drain“).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Fachkräfte sichern Innovationsfähigkeit, Produktivität, Wachstum und Beschäftigung in unserer Volkswirtschaft. Die Sicherung der Fachkräftebasis bildet einen zentralen Handlungsschwerpunkt der Bundesregierung, denn bereits heute treten in manchen Branchen und Regionen sowie in Bezug auf spezifische Qualifikationen und Unternehmensgrößen Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung und in einigen Berufen Fachkräfteengpässe auf. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Prognosen zeigen, dass davon auszugehen ist, dass sich die Schwierigkeiten der Unternehmen bei der Personalsuche im Kontext der demografischen Entwicklung, der derzeitigen wirtschaftlichen Erholung und des Strukturwandels der Wirtschaft mittel- bis langfristig weiter verschärfen werden, wenn nicht weiterhin vorausschauend gehandelt und alles daran gesetzt wird, Personallücken möglichst zu vermeiden.

Die Bundesregierung flankiert die Anstrengungen der Unternehmen und Sozialpartner, indem sie geeignete Rahmenbedingungen setzt und gezielte Unterstützungsmaßnahmen anbietet. Erste Priorität haben dabei Bildung und Qualifizierung sowie die Aktivierung von Menschen, die in Deutschland leben. Darüber hinaus sind die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die bessere Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf sowie die Integration von Migrantinnen und Migranten von entscheidender Bedeutung, um Fachkräftemängel zu verhindern. Neben der Ausschöpfung inländischer Potenziale wird die Bundesregierung verstärkt auf qualifizierte Zuwanderung setzen. Die Bundesregierung wird dazu Anpassungsbedarf im Zuwanderungsrecht prüfen.

Um die genannten Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, sind die Unterstützung und das Zusammenwirken von Politik und Sozialpartnern erforderlich. Aus diesem Grund verständigte sich Bundeskanzlerin Merkel mit Vertretern der Arbeitgeberverbände, der Kammern und der Gewerkschaften im Rahmen des Zukunftsgesprächs am 18. Juni 2010 in Meseberg darauf, eine gemeinsame Arbeitsgruppe „Fachkräfte der Zukunft“ einzuberufen. Aufgabe der Arbeitsgruppe „Fachkräfte der Zukunft“ ist es, bestehende Maßnahmen der Bundesregierung und der Sozialpartner zu bündeln und weitere Handlungsbedarfe zu identifizieren. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden im Sommer 2011 vorgestellt werden.

1. Was versteht die Bundesregierung unter einem Fachkräftemangel?

Die Frage 1 wurde in den Fragen 1a bis 1c durch die Fragesteller konkretisiert. Daher wird auf die Antworten zu den Fragen 1a bis 1c verwiesen.

a) Was versteht die Bundesregierung unter einer Fachkraft?

Sind damit nur Personen mit akademischer oder auch beruflicher Ausbildung gemeint?

Unter einer Fachkraft versteht die Bundesregierung grundsätzlich sowohl Personen mit einer anerkannten akademischen als auch einer anerkannten anderweitigen mindestens zweijährigen abgeschlossenen Berufsausbildung.

b) Wann kann aus Sicht der Bundesregierung von einem Fachkräftemangel gesprochen werden?

Was sind die Kriterien, anhand derer bemessen wird, ob ein Fachkräftemangel vorliegt?

Von einem Fachkräftemangel kann dann gesprochen werden, wenn die Nachfrage nach Fachkräften nicht bzw. nicht ausreichend gedeckt werden kann. Dies kann gesamtwirtschaftlich zutreffen oder sich bspw. nur auf berufsfachliche oder räumlich und/oder zeitlich begrenzte Teilarbeitsmärkte beziehen. Mögliche Indikatoren sind die Entwicklung von Vakanzzeiten oder die Gegenüberstellung offener Stellen zur Zahl der Arbeitslosen. Diese Größen sind allerdings als umfassender Indikator für einen Fachkräftemangel allein nicht ausreichend (vgl. dazu auch die Ausführungen in der Antwort zu Frage 2).

c) Wie unterscheidet die Bundesregierung zwischen tatsächlichem Fachkräftemangel und „normalem Missmatch“ zwischen Fachkräfteangebot und -nachfrage am Arbeitsmarkt?

Kommt es trotz hoher Arbeitslosigkeit zu unbesetzten Stellen, spricht man von einem Mismatch am Arbeitsmarkt. Gründe für diesen Mismatch können in dem qualifikatorischen oder auch räumlichen Anforderungsprofil des Arbeitgebers liegen, das vom Arbeitnehmer nicht oder nicht ausreichend erfüllt wird. Der Begriff des Mismatch dient mithin der Beschreibung der Ursachen von Arbeitslosigkeit. Des Weiteren wird auf die Antwort zu Frage 1b verwiesen.

2. In welchen Bereichen (Branchen bzw. Berufen) besteht nach Ansicht der Bundesregierung in der deutschen Wirtschaft bereits ein Fachkräftemangel, und worauf begründet die Bundesregierung ihre Einschätzung?

Auswertungen der amtlichen Statistik zu den Vakanzzeiten oder dem Verhältnis zwischen offenen Stellen und Arbeitslosen geben Hinweise auf mögliche Arbeitskräfteengpässe. Sie sind jedoch kein umfassender und damit ausreichender Indikator, da sowohl das frei verfügbare Arbeitsangebot über die Gruppe der Arbeitslosen hinausgeht als auch die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Arbeitsstellen nicht den gesamten Arbeitskräftebedarf der Unternehmen abbilden. Grundsätzlich gilt, dass Lücken zwischen Arbeitskräftenachfrage und -angebot aktuell eher bei bestimmten akademischen Berufen und bei Berufen mit naturwissenschaftlich-technischer Ausrichtung auftreten. Aktuell liegt auch eine Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit vor, die Engpässe bei den Maschinen- und Fahrzeugbauingenieurinnen und -ingenieuren, Elektroingenieurinnen und -ingenieuren, Ärztinnen und Ärzten sowie Altenpflegerinnen und Altenpflegern identifiziert. Bei der Analyse werden insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt:

- Abgeschlossene Vakanzzeiten der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Arbeitsstellen.
- Stellenzugang und Bestand der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Arbeitsstellen.
- Bestand an Arbeitslosen.

Neben der technischen Analyse wird eine differenzierte Bewertung durch Arbeitsmarktexperten der Bundesagentur für Arbeit vorgenommen. Hierbei werden weitere Informationen hinzugezogen, wie z. B.

- Anteil der Stellen aus der Zeitarbeit,
- Altersstruktur der Beschäftigten,
- Anteil der Selbstständigen,
- Arbeitslosenquote (soweit vorhanden),
- Detailanalyse auf Berufsebene [Berufskennziffer (BKZ-), Dokumentenkennziffer (DKZ-)Ebene], um Verzerrungen durch Helfer-Berufe auszuschließen.

3. In welchen Bereichen (Branchen bzw. Berufen) droht nach Ansicht der Bundesregierung in der deutschen Wirtschaft in den nächsten fünf Jahren ein Fachkräftemangel?

   Auf welche Prognosen stützt sich dabei die Bundesregierung?

Die Folgen des demografischen Wandels sind bereits heute spürbar und werden langfristig zu einer starken Verschiebung der Altersstruktur sowie zu einer Verringerung der Bevölkerungszahl führen. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum Jahr 2030 um 6,3 Millionen Personen zurückgehen.

Hinzu kommt eine steigende Lebenserwartung. Zusammen führen beide Entwicklungen zu einer schrumpfenden und dabei alternden Bevölkerung. Immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter stehen künftig immer mehr älteren Menschen gegenüber. Am Arbeitsmarkt werden sich die Folgen dieser Entwicklung in besonderem Maße zeigen: Das Arbeitskräfteangebot wird sich durch die schrumpfende Bevölkerung verringern. Der Strukturwandel hin zu wissensintensiven Produkten und Dienstleistungen wird zudem den Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften erhöhen, während der Bedarf an Geringqualifizierten aller Voraussicht nach sinken wird. Man kann davon ausgehen, dass aufgrund des Rückgangs des Arbeitskräfteangebots erhebliche Engpässe entstehen können. Um nähere Aussagen zur Entwicklung des zukünftigen Arbeitskräfteangebots und der -nachfrage nach Berufen, Branchen und Regionen treffen zu können, wird derzeit ein Jobmonitoring vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) aufgebaut.

4. Gibt es Branchen und Berufsfelder, in denen ein Fachkräfteüberangebot vorherrscht bzw. bei denen davon ausgegangen wird, dass mittelfristig ein Fachkräfteüberangebot eintreten wird?

   Wenn ja, welche?

   Wie hoch wir dieses Überangebot jeweils eingeschätzt?

Im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts haben das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gemeinsam mit der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung, Osna-

brück (GWS) und dem Fraunhofer Institut für Angewandte Informationstechnologie, St. Augustin (FIT) Modellrechnungen zu den künftigen Entwicklungen des Arbeitskräfteangebots und -bedarfs nach 4 Qualifikationsstufen und nach 12 Berufshauptfeldern erstellt (www.qube-projekt.de). Die Ergebnisse dieser Modellrechnungen sind erstmals im Juli 2010 veröffentlicht worden (Helmrich, Zika 2010).

Werden die Ergebnisse unter Berücksichtigung der beruflichen Flexibilitäten betrachtet, d. h. dem Wechsel von dem erlernten in den ausgeübten Beruf, stehen in folgenden Berufshauptfeldern auch bis 2025 noch ausreichend Arbeits- bzw. Fachkräfte zur Verfügung: Bearbeitende, verarbeitende und instandsetzende Berufe, Maschinen und Anlagen steuernde und wartende Berufe, Berufe im Warenhandel und Vertrieb sowie Büro- und kaufmännische Dienstleistungsberufe.

Am höchsten wird nach diesen Modellrechnungen das Überangebot im erst- und letztgenannten Berufshauptfeld sein. Des Weiteren wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

5. Inwiefern handelt es sich bei dem von Interessenverbänden postulierten Fachkräftemangel um ein vorwiegend berufs-, branchenspezifisches, regional oder/und zeitlich befristetes Problem, und wie begründet die Bundesregierung ihre Position?

Der Bundesregierung liegt eine Vielzahl an Studien vor, die sich mit dem Thema Fachkräftemangel in unterschiedlichen Dimensionen auseinandersetzen. Im Rahmen der so genannten Arbeitskräfteallianz wurden 2009 knapp 60 Studien erfasst. Es liegen Differenzierungen nach Region, Beruf, Qualifikation, Unternehmensgröße und Zeitrahmen vor. Die Bestandsaufnahme der Studien verdeutlicht, dass vielfältige Aktivitäten auf dem Gebiet zur Feststellung eines möglichen Fachkräftemangels durchgeführt wurden. Allerdings führte dies zu einer großen Bandbreite von Studien, die sich zum einen auf verschiedene Datengrundlagen stützen und für die zum anderen unterschiedliche Methoden zur Bestimmung eines Fachkräftemangels genutzt wurden. Auch liegen den Studien verschiedene Definitionen für die Begriffe Fachkräfte und Hochqualifizierte zu Grunde. Es kann festgestellt werden, dass nicht alle Dimensionen gleichmäßig in den Studien betrachtet wurden. So werden nicht alle Bundesländer gleichmäßig untersucht, manche Branchen werden ausführlicher untersucht als andere und innerhalb der zeitlichen Dimension wird zum Teil der aktuelle Bedarf analysiert und zum Teil eine Prognose durchgeführt. Hinzu kommt, dass nur die wenigsten Untersuchungsergebnisse in regelmäßigen Abständen überprüft werden.

Da den Ergebnissen verschiedene Untersuchungsmethoden und Datenbasen zu Grunde liegen, ist es kaum möglich, die Ergebnisse zu vergleichen. Auf der Grundlage der vorliegenden Expertise können nur begrenzt Aussagen dahingehend getroffen werden, welche Fachkräftebedarfe nach Branchen, Regionen und Qualifikationen zu einem bestimmten Zeitpunkt unternehmensgrößenspezifisch in Deutschland vorliegen. Dennoch ist ein Fachkräftemangel in verschiedenen Branchen, Berufen und Regionen bereits zu beobachten. Es ist zu erwarten, dass er sich verschärfen könnte. Als wissens- und innovationsstarkes Land sollte alles daran gesetzt werden, aus dem Fachkräftemangel folgende Entwicklungen, wie z. B. einen möglichen Rückgang des BIP, zu verhindern.

Die Bundesregierung stützt ihre Einschätzung auf die vorliegenden Daten der amtlichen Statistik der Bundesagentur für Arbeit (siehe auch Antwort zu Frage 2) sowie auf die Daten der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, wonach die Bevölkerung schrumpfen und altern

wird. Gleichwohl wird ein Jobmonitoring vom BMAS aufgebaut, um nähere Aussagen zur Entwicklung des aktuellen und zukünftigen Arbeitskräfteangebots und der -nachfrage nach Berufen, Branchen und Regionen treffen zu können.

a) Welche Regionen sind besonders betroffen?

Innerhalb Deutschlands bestehen in Bezug auf Art und Umfang des Fachkräftebedarfs, des Fachkräfteangebots sowie in Bezug auf wirtschaftsstrukturelle Voraussetzungen große regionale Unterschiede. So ist in bestimmten Regionen, insbesondere in Ostdeutschland, schon jetzt ein Fachkräftemangel zu beobachten.

b) Für welche Zeiträume wird der Fachkräftemangel prognostiziert?

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

6. Ist das Phänomen des Fachkräftemangels bereits in den zurückliegenden fünf Jahrzehnten zeitweise befürchtet, debattiert oder eingetreten?

   Wenn ja, wann war das, und welche Entwicklung ist tatsächlich eingetreten?

Die Bundesregierung hat ihre Politik stets an den aktuellen und zukünftigen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und auf die Förderung von Wachstum, Innovation und Beschäftigung ausgerichtet. Einen Überblick hierzu ermöglicht z. B. das vom BMAS herausgegebene mehrbändige Werk „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“.

7. Gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit den 60er-Jahren eine Phase, in der Unternehmensverbände oder/und die jeweiligen Bundesregierungen nicht vor der Gefahr eines zukünftigen Fachkräftemangels gewarnt haben?

Die Bundesregierung verfügt nicht über eine vollständige historische Dokumentation der Forderungen von Unternehmensverbänden zum Thema Fachkräftemangel in der Bundesrepublik Deutschland.

8. Welche politischen Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus ihrer Einschätzung zur Frage des Fachkräftemangels?

   Welche Initiativen der Bundesregierung mit welchem Inhalt hat es seit dem Zukunftsgespräch am 18. Juni 2010 in Meseberg gegeben?

   Welche Aktivitäten hat es bisher seitens der Arbeitsgruppe „Fachkräfte der Zukunft“ gegeben?

   Welche Aktivitäten plant die Bundesregierung?

Die Bundesregierung sieht es als unverzichtbar an, ihre umfangreichen Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Qualifizierung, Aktivierung des Erwerbspersonenpotenzials, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf weiter zu verfolgen. Die Bundesregierung wird darüber hinaus verstärkt auf qualifizierte Zuwanderung setzen. Dazu wird sie weiteren Anpassungsbedarf im Zuwanderungsrecht prüfen.

Nach dem Zukunftsgespräch in Meseberg am 18. Juni 2010 hat es folgende Initiativen der Bundesregierung gegeben:

– Die „Arbeitskräfteallianz“ wurde im Oktober 2010 vom BMAS gemeinsam mit arbeitsmarktnahen, regional verankerten Institutionen einberufen mit dem Ziel, regionale Kooperationsstrukturen auf- bzw. auszubauen und zu unterstützen, die sich im Bereich Arbeitskräftesicherung engagieren.
– Im Oktober 2010 hatte die „Zukunftsinitiative Fachkräftesicherung“ des Bundesministeriums des Inneren (BMI) in den neuen Bundesländern ihren Auftakt. Ziel der Initiative ist es, gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern, Kammern und Sozialpartnern regionenspezifische Ansätze zur Verbesserung des Fachkräfteangebots zu entwickeln.
– Im Oktober 2010 wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen vorgelegt. Dieser wird derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt.
– Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat am 31. August 2010 einen Fachkräftedialog mit den Wirtschaftsverbänden gestartet, der im Frühsommer 2011 fortgesetzt wird.
– Die Bundesregierung hat zur Sicherung des Fachkräftebedarfs am 26. Oktober 2010 den Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs gemeinsam mit der Wirtschaft, den Ländern und der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung mit neuen Schwerpunkten verlängert.

Darüber hinaus wird derzeit in einer interministeriellen Arbeitsgruppe „Fachkräfte der Zukunft“ unter Beteiligung von Bundeskanzleramt (BK), BMAS, BMI, BMWi, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und BMBF ein Fachkräftekonzept der Bundesregierung erarbeitet. Ein erstes Spitzengespräch der Arbeitsgruppe „Fachkräfte der Zukunft“ gemeinsam mit den Sozialpartnern fand am 8. Dezember 2010 statt. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden im Sommer 2011 im Rahmen eines weiteren Zukunftsgesprächs der Bundeskanzlerin vorgestellt werden.

In der Planung befinden sich derzeit zudem bereits verschiedene Aktivitäten, um dem künftig steigenden Fachkräftebedarf im Bereich der Heil- und Pflegeberufe zu begegnen.

9. Welches sind die 20 am stärksten betroffenen Berufs- und Tätigkeitsfelder, in denen nach Ansicht der Bundesregierung derzeit von einem Fachkräftemangel gesprochen werden kann, und welches sind die 20 Berufs- und Tätigkeitsfelder, in denen nach Ansicht der Bundesregierung mittel- bis langfristig ein Fachkräftemangel droht?

10. Inwiefern decken sich die von der Bundesregierung benannten Berufs- und Tätigkeitsfelder mit den Modellrechnungen des BIBB und IAB (Helmrich/Zika 2010), die – unter der Annahme gleichbleibender Bedingungen – bis 2025 ein nicht ausreichendes Arbeitskräfteangebot für die folgenden fünf Berufshauptfelder projizieren:
    – Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits- und Wachberufe,
    – Gastronomie- und Reinigungsberufe,
    – Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe,
    – künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche Berufe,
    – Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpflege?

Falls die Einschätzung der Bundesregierung von diesen fünf Berufshauptfeldern abweicht, warum ist dies der Fall?

Antwort zu den Fragen 9 und 10:

Die Bundesregierung sieht gegenwärtig keine Basis dafür, 20 Berufs- und Tätigkeitsfelder zu benennen, die aktuell am stärksten von einem Fachkräftemangel betroffen sind. Es gibt eine Vielzahl an Studien und Methoden zum Thema Fachkräftemangel, die aufgrund des unterschiedlichen Untersuchungsdesigns und der Verwendung verschiedenster Methoden zu nicht immer unmittelbar vergleichbaren Ergebnissen kommen. Eine der aus dem wissenschaftlichen Raum bereits vorliegenden Studien zum Thema ist die in der Antwort zu Frage 4 bereits angesprochene Untersuchung von BIBB und IAB, die von den Fragestellern konkret angesprochen ist. Die Autoren versuchen auf der Basis detaillierter Prognosen des Arbeitskräfteangebots und der Arbeitskräftenachfrage Berufsfelder zu identifizieren, für die sich künftig ein Nachfrageüberschuss abzeichnet. In die Analysen sind auch Informationen und Annahmen über die berufliche Flexibilität und Mobilität eingeflossen. Aus Sicht der Bundesregierung ist damit ein sinnvoller Schritt getan, der es rechtfertigt, für die dort identifizierten Berufsfelder die nachfolgenden Fragen 11 bis 13 dieser Kleinen Anfrage zu beantworten. Gleichwohl hält es die Bundesregierung für geboten, weitere Analysen anzustellen und dabei beispielweise u. a. die Frage zu klären, ob das in der zitierten Studie gewählte Aggregationsniveau das richtige ist oder gegebenenfalls eine weitere Ausdifferenzierung notwendig werden wird. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

11. Wie lässt sich im Einzelnen in den von der Bundesregierung in der Antwort zu Frage 9 genannten Berufsfeldern die Arbeitsmarktsituation beschreiben (bitte die Unterfragen 11a bis 11j für die einzelnen Berufsfelder gesondert beantworten)?

Mit Verweis auf die Antworten zu den Fragen 9 und 10 wird für die Fragen 11 bis 13 auf die in Frage 10 genannten Berufshauptfelder Bezug genommen.

Die in Frage 10 genannten Berufshauptfelder wurden auf Basis der Berufsklassifikation von 1992 entwickelt, die auch dem Mikrozensus zugrunde liegt. Für den Bereich der Arbeitsstellen- und Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) (Fragen 11a bis 11f) war es ebenso möglich, mit Hilfe eines Umsteigeschlüssels die Auswertungen sehr nah an die von den Fragestellern genannten fünf Berufshauptfelder heranzuführen. Auswertungen nach Berufen sind in der Arbeitsstellenstatistik von September 2009 bis einschließlich Mai 2010 und in der Arbeitslosenstatistik von September 2009 bis einschließlich Juni 2010 nicht möglich. Die Auswertungen basieren zudem jeweils auf Auswertungen aus dem BA-IT-System und beinhalten damit keine Informationen zugelassener kommunaler Träger. Mittlerweile sind diese Informationen nach Berufen zwar in die statistischen Auswertungssysteme integriert. Da die Auswertungen jedoch auch Veränderungen gegenüber zurückliegenden Zeiträumen beinhalten, wird jeweils nur auf Daten aus dem BA-IT-System zurückgegriffen. In der Beschäftigtenstatistik ist der Ausweis hingegen durchgängig und vollständig möglich.

a) Wie hoch ist die Zahl der in den genannten Berufsfeldern Beschäftigten (bitte die letzten verfügbaren Monatsdaten sowie die Vergleichsmonate der letzten fünf Jahre angeben)?

Aktuellste Daten nach Berufen liegen in der Beschäftigtenstatistik bis März 2010 vor. Die Auswertung erfolgt nach dem Arbeitsortprinzip und schließt auch Auszubildende mit ein. In den genannten Berufshauptfeldern arbeiteten

im März 2010 insgesamt 9 153 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Im Zeitraum März 2006 bis März 2010 hat die Beschäftigung in diesen Berufshauptfeldern um 9,5 Prozent zugenommen und damit stärker als die Beschäftigung insgesamt (+5,6 Prozent). Entsprechend hat sich ihr Anteil an allen Beschäftigten in dem Betrachtungszeitraum von 32,2 Prozent auf 33,4 Prozent erhöht. Die Angaben zu den einzelnen Berufshauptfeldern in den letzten fünf Jahren sind in dem Anhang, Tabelle 1 enthalten.

b) Wie hoch ist die Zahl der in den genannten Berufsfeldern offenen Stellen (bitte die letzten verfügbaren Monatsdaten sowie die Vergleichsmonate der letzten fünf Jahre angeben)?

Die Antwort erfolgt für die den Agenturen und ARGEn gemeldeten Arbeitsstellen. Die Statistik weist dabei nur die ungeförderten Angebote an Arbeitsstellen (Erster Arbeitsmarkt) aus. Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot liegt höher. Nach Angaben der letzten repräsentativen Befragungen des IAB vom 3. Quartal 2010 waren den Agenturen und ARGEn 48 Prozent aller Arbeitsstellen des Ersten Arbeitsmarktes gemeldet. Neben dem aktuellen Berichtsmonat November 2010 wird in dem Anhang, Tabelle 2 jeweils auch der März ausgewiesen, um einen Vergleich mit den Angaben aus der Beschäftigtenstatistik zu ermöglichen. Ebenso werden neben allen Arbeitsstellen auch die Angebote für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ausgewiesen. Darüber hinaus gibt es noch geringfügige Arbeitsstellen und sonstige Arbeitsstellen (hierbei handelt es sich größtenteils um Trainee- und Praktikantenstellen).

c) Wie hoch ist in den genannten Berufsfeldern die Zahl der über 60- bis 64-jährigen Beschäftigten, und wie hoch die Zahl der Arbeitslosen bzw. Unterbeschäftigten dieser Altersgruppe, die zuvor in diesem Berufsfeld gearbeitet haben (bitte aufgliedern nach den einzelnen Jahren)?

Im März 2010 waren in den genannten Berufshauptfeldern 354 000 Personen im Alter von 60 bis unter 65 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt; das entsprach einem Anteil von 3,9 Prozent an allen Beschäftigten in den Berufshauptfeldern. Die Daten zu den einzelnen Berufshauptfeldern in den einzelnen Jahren finden sich im Anhang, Tabelle 3.

Die Auswertung zu der Zahl der Arbeitslosen erfolgte nach dem Zielberuf, also der angestrebten Tätigkeit der arbeitslosen Person. Der Zielberuf kann vom Herkunftsberuf abweichen. Im November 2010 waren in den genannten Berufsfeldern rund 45 000 Arbeitslose im Alter von 60 bis unter 65 Jahren gemeldet; bezogen auf alle Arbeitslosen mit solchen Zielberufen entsprach das einem Anteil von 4,0 Prozent. Die Angaben nach Berufsfeldern und Jahren finden sich im Anhang, Tabelle 4. Auswertungen zur Unterbeschäftigung nach Berufen sind nicht möglich.

d) Wie lange bleiben die in den genannten Berufsfeldern offenen Stellen unbesetzt, wie ist dieser Wert im gesamtwirtschaftlichen Vergleich zu bewerten, und welche Gründe sieht die Bundesregierung dafür, dass Stellen für eine längere Zeit nicht besetzt werden können?

Die Antwort erfolgt auf Basis durchschnittlicher abgeschlossener Vakanzzeiten, die den Zeitraum vom gewünschten Besetzungstermin der gemeldeten Arbeitsstellen bis zur Abmeldung aus dem Bestand messen. Um saisonale Schwankungen auszuschalten, empfiehlt es sich möglichst, die abgegangenen gemeldeten Arbeitsstellen eines ganzen Jahres zu betrachten. Da für die Monate von September 2009 bis Mai 2010 ein Ausweis nach Berufen nicht möglich ist, wurde für den aktuellen Rand die Summe der Monate Juni bis Novem-

ber 2010 gewählt. Die entsprechende Unschärfe ist zu beachten. Die abgeschlossene Vakanzzeit verhält sich prozyklisch, d. h. in einem konjunkturellen Aufschwung und steigender Arbeitskräftenachfrage nimmt auch die Vakanzzeit zu, während sie bei einer konjunkturellen Abkühlung tendenziell abnimmt. Über alle Berufe hinweg betrug die abgeschlossene Vakanzzeit für in den Monaten Juni bis November abgegangene gemeldete Arbeitsstellen 55 Tage. Überdurchschnittlich lange Vakanzzeiten lassen sich bei den künstlerischen, medien-, geistes- und sozialwissenschaftlichen Berufen (69 Tage) und bei den Gesundheits- und Sozialberufen, Körperpflegern (66 Tage) ausmachen. Unterdurchschnittlich lange dauert es vom gewünschten Besetzungstermin bis zur Abmeldung der Arbeitsstelle aus dem Bestand bei Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits- und Wachberufen mit 46 Tagen (vgl. Anhang, Tabelle 5).

e) Wie hoch ist die Zahl der Arbeitsuchenden in den genannten Berufsfeldern?

Bei den Arbeitsuchenden wird zwischen arbeitslosen und nichtarbeitslosen Arbeitsuchenden unterschieden. Nach § 15 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) sind Arbeitsuchende Personen, die eine Beschäftigung als Arbeitnehmer suchen. Dies gilt auch, wenn sie bereits eine Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit ausüben. Arbeitsuchender im Sinne der Arbeitsmarktstatistik ist, wer in der Bundesrepublik Deutschland wohnt, sich bei der Agentur für Arbeit gemeldet hat oder bei einem Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) als erwerbsfähiger Hilfebedürftiger Leistungen erhält, die angestrebte Arbeitnehmertätigkeit ausüben kann und darf und das 15. Lebensjahr vollendet hat. Im November 2010 waren in den genannten Berufshauptfeldern 2 024 000 Arbeitsuchende gemeldet. Die Arbeitsuchenden sind eine sehr heterogene Gruppe. Ihre Zahl umfasst neben den registrierten Arbeitslosen auch eine Reihe anderer Personengruppen. Dies sind vor allem: Personen, die sich nach § 38 SGB III frühzeitig arbeitslos gemeldet haben, Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Personen, die kurzfristig arbeitsunfähig sind sowie Arbeitslosengeld-II-Bezieher, die mehr als 15 Wochenstunden beschäftigt sind. Informationen zu den Arbeitsuchenden nach den ausgewählten Berufshauptfeldern sind im Anhang, Tabelle 6 enthalten.

f) Welche Merkmale haben die in den genannten Berufsfeldern Arbeitsuchenden hinsichtlich Alter, Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Dauer der Arbeitslosigkeit?

Die Auswertungen zu den von den Fragestellern benannten Merkmalen sind im Anhang, Tabelle 7 dargestellt.

Auswertungen nach dem Migrationshintergrund sind derzeit aus den Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit nicht möglich. Die Dauer der Arbeitslosigkeit wurde in die Kategorien unter 12 Monate und über 12 Monate geteilt, da nach § 18 Absatz 1 SGB III Arbeitslose, die ein Jahr und länger arbeitslos sind, als Langzeitarbeitslose gelten. Die Informationen basieren auf Bestandsdaten, d. h. die Auswertung bezieht sich auf die bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit und misst die Zeitspanne vom Beginn der Arbeitslosigkeit bis zum Zähltag im Arbeitslosenbestand. Insbesondere bei Betrachtung der Staatsangehörigkeit, aber auch der Altersgruppen, gibt es Fälle ohne Angabe; die Untergruppen addieren sich also nicht immer zu 100 Prozent.

g) Welche Gründe sieht die Bundesregierung dafür, dass es trotz offener Stellen weiterhin eine größere Zahl von Arbeitsuchenden gibt?

Inwiefern liegt dies daran, dass sich Arbeitgeber weigern, ältere Beschäftigte einzustellen und erforderliche Fortbildungen einzugehen?

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass Arbeitsuchende und Arbeitgeber passend zueinander finden. Es bedarf der intensiven Information, Suche, Werbung und Bewerbung, bis eine Stelle erfolgreich besetzt ist und ein Arbeitsuchender eine neue Position einnehmen kann. Diese Suche kostet Zeit und gleichzeitig sinkt mit der Dauer von Suchprozessen die Chance auf Erfolg.

Ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Funktion der Arbeitsmärkte ist die institutionalisierte Unterstützung der Suchprozesse und der Erhöhung der Transparenz über die Arbeitsmärkte. Einen besonderen Auftrag dazu haben die Agenturen für Arbeit und die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Durch Arbeitsförderung sollen sie dem Entstehen von Arbeitslosigkeit entgegenwirken; sie sollen die Dauer der Arbeitslosigkeit verkürzen und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unterstützen. Insbesondere sollen sie dazu die Transparenz auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erhöhen, die berufliche und regionale Mobilität unterstützen und die zügige Besetzung offener Stellen ermöglichen.

Die letzten zu diesem Thema erfolgten Auswertungen aus dem IAB-Betriebspanel 2004 und 2005 zeigen, dass rund jede zehnte zuletzt besetzte Stelle mit einem über 50-jährigen Mitarbeiter besetzt wurde. Diese Ergebnisse berücksichtigen jedoch nicht die Entwicklungen der letzten Jahre und stellen daher eher eine Momentaufnahme dar. Die Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2004 zeigen darüber hinaus, dass neben der Arbeitsnachfrage durch die Betriebe auch arbeitsangebotsseitige Faktoren zu berücksichtigen sind, die sich etwa darin äußern, dass Bewerbungen älterer Personen den Betrieben oftmals gar nicht erst vorliegen.

h) Wie hat sich seit 2005 in den genannten Berufsfeldern die Zahl und Quote der Auszubildenden entwickelt (bitte unterscheiden nach Berufsausbildung und Hochschulausbildung)?

Wie hat sich insbesondere die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze seit 2005 entwickelt?

Die Angaben zur Beantwortung der Frage 11h sind den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen.

Tabelle 1: Studierende an Hochschulen

Studienbereiche	2005	2006	2007	2008	2009
Verkehrs-, Lager, Transport, Sicherheits- und Wachberufe	13.318 / 0,7 %	15.467 / 0,8 %	13.998 / 0,7 %	15.704 / 0,8 %	17.625 / 0,8 %
Gastronomie- und Reinigungsberufe	10.110 / 0,5 %	10.623 / 0,5 %	10.836 / 0,6 %	11.054 / 0,5 %	12.263 / 0,6 %
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftl. Berufe	464.621 / 23,4 %	464.485 / 23,5 %	461.784 / 23,8 %	491.080 / 24,2 %	452.811 / 21,3 %
Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftl. Berufe	628.714 / 31,7 %	614.754 / 31,1 %	593.804 / 30,6 %	609.853 / 30,1 %	629.594 / 29,7 %
Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpflege	168.884 / 8,5 %	167.379 / 8,5 %	163.436 / 8,4 %	168.773 / 8,3 %	171.287 / 8,1 %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 2: Auszubildende in der beruflichen Bildung

Berufshauptfelder	2005	2006	2007	2008	2009
Verkehrs-, Lager, Transport, Sicherheits- und Wachberufe	19.569 / 1,2 %	15.998 / 1,0 %	16.003 / 1,0 %	16.230 / 1,0 %	17.488 / 1,1 %
Gastronomie- und Reinigungsberufe	67.355 / 4,2 %	70.841 / 4,4 %	71.971 / 4,4 %	69.578 / 4,2 %	69.940 / 4,1 %
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftl. Berufe	25.642 / 1,6 %	24.363 / 1,5 %	21.977 / 1,4 %	21.375 / 1,3 %	20.074 / 1,3 %
Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftl. Berufe	10.566 / 0,7 %	11.231 / 0,7 %	12.107 / 0,7 %	13.091 / 0,8 %	12.735 / 0,8 %
Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpflege	122.908 / 7,8 %	119.149 / 7,4 %	112.507 / 6,9 %	115.360 / 7,0 %	115.376 / 7,2 %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 3: Schüler an Fachschulen

Berufshauptfelder	2005	2006	2007	2008	2009
Verkehrs-, Lager, Transport, Sicherheits- und Wachberufe	743 / 0,5 %	862 / 0,6 %	818 / 0,6 %	938 / 0,6 %	988 / 0,6 %
Gastronomie- und Reinigungsberufe	3.226 / 2,1 %	3.250 / 2,2 %	3.156 / 2,2 %	3.184 / 2,1 %	3.494 / 2,1 %
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftl. Berufe	-	-	-	-	-
Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftl. Berufe	1.849 / 1,2 %	1.723 / 1,2 %	1.743 / 1,2 %	1.757 / 1,2 %	1.834 / 1,1 %
Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpflege	50.045 / 33,0 %	44.224 / 30,6 %	42.118 / 29,0 %	40.631 / 26,7 %	43.777 / 26,1 %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 4: Schüler an den Schulen des Gesundheitswesens

Berufshauptfelder	2005	2006	2007	2008	2009
Verkehrs-, Lager, Transport, Sicherheits- und Wachberufe	-	-	-	-	-
Gastronomie- und Reinigungsberufe	-	-	-	-	-
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftl. Berufe	-	-	-	-	-
Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftl. Berufe	-	-	-	-	-
Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpflege	120.826 / 100 %	123.334 / 100 %	123.722 / 100 %	124.192 / 100 %	128.131 / 100 %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 5: Schüler an Berufsfachschulen, die einen beruflichen Abschluss in einem Beruf vermitteln, der kein Ausbildungsberuf ist

Berufshauptfelder	2005	2006	2007	2008	2009
Verkehrs-, Lager, Transport, Sicherheits- und Wachberufe	73 / 0,0 %	92 / 0,0 %	82 / 0,0 %	81 / 0,0 %	84 / 0,0 %
Gastronomie- und Reinigungsberufe	2.848 / 1,0 %	2.681 / 1,1 %	3.550 / 1,5 %	3.835 / 1,7 %	3.493 / 1,5 %
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftl. Berufe	-	-	-	-	-
Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftl. Berufe	4.786 / 2,0 %	15.895 / 6,6 %	15.940 / 6,9 %	16.176 / 7,1 %	16.393 / 7,3 %
Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpflege	117.283 / 49,3 %	118.734 / 49,0 %	116.254 / 50,0 %	113.243 / 49,7 %	115.419 / 51,1 %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 6: Schüler an Berufsfachschulen, die einen beruflichen Abschluss in einem Beruf vermitteln, der ein Ausbildungsberuf ist

Berufshauptfelder	2005	2006	2007	2008	2009
Verkehrs-, Lager, Transport, Sicherheits- und Wachberufe	49 / 0,1 %	98 / 0,2 %	96 / 0,2 %	36 / 0,1 %	-
Gastronomie- und Reinigungsberufe	935 / 2,3 %	993 / 2,4 %	916 / 2,3 %	774 / 2,2 %	418 / 1,4 %
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftl. Berufe	-	-	-	-	-
Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftl. Berufe	348 / 0,8 %	335 / 0,8 %	390 / 1,0 %	527 / 1,5 %	559 / 1,9 %
Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpflege	7.029 / 17,1 %	7.093 / 17,3 %	6.492 / 16,5 %	4.813 / 13,4 %	4.309 / 14,3 %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 7: Schüler an Fachakademien

Berufshauptfelder	2005	2006	2007	2008	2009
Verkehrs-, Lager, Transport, Sicherheits- und Wachberufe	-	-	-	-	-
Gastronomie- und Reinigungsberufe	36 / 0,5 %	44 / 0,6 %	44 / 0,6 %	39 / 0,5 %	38 / 0,5 %
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftl. Berufe	-	-	-	-	-
Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftl. Berufe	392 / 5,3 %	429 / 5,6 %	416 / 5,5 %	170 / 2,4 %	163 / 2,1 %
Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpflege	361 / 4,9 %	378 / 5,0 %	380 / 5,0 %	378 / 5,3 %	415 / 5,4 %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 8: Studierende an Berufsakademien

Studienbereiche	2005	2006	2007	2008	2009
Verkehrs-, Lager, Transport, Sicherheits- und Wachberufe	2.131 / 7,5 %	2.154 / 7,3 %	2.313 / 7,2 %	-	-
Gastronomie- und Reinigungsberufe	49 / 0,2 %	39 / 0,1 %	51 / 0,2 %	58 / 0,6 %	63 / 0,6 %
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftl. Berufe	14.125 / 49,6 %	14.652 / 49,9 %	16.144 / 50,4 %	5.697 / 55,2 %	5.821 / 55,3 %
Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftl. Berufe	533 / 1,9 %	599 / 2,0 %	617 / 1,9 %	113 / 1,1 %	123 / 1,2 %
Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpflege	1.796 / 6,3 %	1.868 / 6,4 %	1.965 / 6,1 %	572 / 5,5 %	610 / 5,8 %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

i) Wie hat sich seit 2005 in den genannten Berufsfeldern die absolute und relative Zahl der Ausbildungsabbrüche entwickelt?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über Studienabbrüche zu den genannten Berufshauptfeldern vor. Zu den unten stehenden Studiengängen liegen folgende relative Zahlen vor:

Tabelle 9: Studienanfänger

Studiengänge	Studienanfänger 1995-1997 (Absolventen 2002)	Studienanfänger 1997-1999 (Absolventen 2004)	Studienanfänger 1999-2001 (Absolventen 2006)
Sprach-, Kulturwissenschaft, Sport	35 %	32 %	27 %
Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	28 %	26 %	19 %
Mathematik, Naturwissenschaften	26 %	28 %	28 %
Medizin, Gesundheitswissenschaften	11 %	8 %	5 %
Ingenieurswissenschaften	30 %	28 %	25 %
Kunst/Kunstwissenschaft	26 %	21 %	12 %
Lehramt	12 %	13 %	8 %

Quelle: HIS-Studienabbruchuntersuchung 2008.

Im Bereich der beruflichen Bildung im dualen System liegen folgende Daten vor:

Tabelle 10: Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge von Auszubildenden in der beruflichen Bildung

Berufshauptfelder	2005	2006	2007	2008	2009
Verkehrs-, Lager, Transport, Sicherheits- und Wachberufe	1.466 / 1,2 %	1.403 / 1,2 %	-	1.990 / 1,4 %	2.077 / 1,5 %
Gastronomie- und Reinigungsberufe	10.506 / 8,8 %	11.187 / 9,3 %	-	13.254 / 9,5 %	12.782 / 9,0 %
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftl. Berufe	2.207 / 1,9 %	2.110 / 1,8 %	-	1.968 / 1,4 %	1.801 / 1,3 %
Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftl. Berufe	671 / 0,5 %	660 / 0,6 %	-	898 / 0,6 %	907 / 0,6 %
Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpflege	12.114 / 10,2 %	11.644 / 9,7 %	-	12.938 / 9,3 %	13.790 / 9,7 %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

j) Wie hoch ist in den genannten Berufsfeldern die Zahl und der Anteil derjenigen, die nach der Ausbildung in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis übernommen werden (bitte jährlich seit 2005 benennen)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über die Übernahme in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis in den genannten Berufshauptfeldern vor.

12. Wie gestalten sich die Arbeitsbedingungen in den von der Bundesregierung ausgemachten Berufsfeldern mit Fachkräftemangel im Vergleich zu den übrigen Berufsfeldern (bitte die Unterfragen 12a bis 12d für die einzelnen Berufsfelder gesondert beantworten)?

Die Frage 12 wurde in den Fragen 12a bis 12d durch die Fragesteller konkretisiert. Daher wird auf die Antworten zu den Fragen 12a bis 12d verwiesen.

a) Wie stellen sich im Vergleich zur gesamten Volkswirtschaft die Entgeltbedingungen (Stunden- und Monatslöhne) dar?

b) Wie haben sich die Bruttolöhne in den betroffenen Berufsfeldern seit dem Jahr 2000 im Vergleich zur gesamten Volkswirtschaft entwickelt?

Antwort zu den Fragen 12a und 12b:

Grundlage für die Beantwortung dieser Fragen ist die neue Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Der Sonderbericht „Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte“ der Bundesagentur für Arbeit informiert u. a. ausführlich über die zugrundeliegende Methodik. Darüber hinaus wird auf die methodischen Hinweise in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 7 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Regionale Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt und Auswirkungen der geplanten Kürzungen der Bundesregierung“ (Bundestagsdrucksache 17/3654) verwiesen.

Die Mediane der durchschnittlichen monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) insge-

samt und von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) in den in Frage 10 genannten Berufshauptfeldern von 2000 bis 2009 sind der Tabelle 8 im Anhang zu entnehmen. Dabei wird auf den Ausweis des Medians im Berufshauptfeld „Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe“ verzichtet, da der Median jeweils über der niedrigsten, in Deutschland geltenden Beitragsbemessungsgrenze lag. Durchschnittsentgelte pro Stunde können mit Mitteln der Beschäftigungsstatistik nicht abgebildet werden.

c) Wie stellt sich im Vergleich zur gesamten Volkswirtschaft die Zusammensetzung nach Beschäftigungsform dar, also der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse und der einzelnen Formen atypischer Beschäftigung (befristet, Teilzeit, geringfügig, Leiharbeit)?

Welches Ausmaß haben dabei jeweils Niedriglöhne eingenommen?

Zur Beantwortung der Fragen 12c und 12d wird auf Daten des Mikrozensus zurückgegriffen. Die Auswertungen des Statistischen Bundesamtes zu Normalarbeitsverhältnissen und atypischen Beschäftigungsverhältnissen erfolgen dabei für die Gruppe der sogenannten Kernerwerbstätigen. Zur näheren Erläuterung sowie zur methodischen Abgrenzung zu den Daten der Beschäftigtenstatistik verweist die Bundesregierung auf ihre Vorbemerkung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 24. August 2010 (Bundestagsdrucksache 17/2790).

Die Anteile der Normalarbeitsverhältnisse und der atypischen Beschäftigungsverhältnisse an allen Erwerbstätigen in den in Frage 10 genannten Berufshauptfeldern sind für das Jahr 2009 der nachfolgenden Tabelle 11 zu entnehmen.

Tabelle 11: Erwerbstätige nach Erwerbsform und Berufshauptfeld 2009

Ergebnis des Mikrozensus

Berufshauptfelder	Erwerbstätige ohne Personen in Bildung oder Ausbildung im Alter von 15-64 Jahren 1)								
	Insgesamt	darunter							
		Selbst-ständige	Abhängig Beschäftigte						
			zusammen	davon					
				Normalarbeit-nehmer/-innen	atypisch Beschäftigte				
					zusammen	darunter			
						befristet Beschäftigte	Teilzeitbe-schäftigte	geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeit-nehmer/-
Gastronomie- und Reinigungsberufe	100,0%	8,8%	90,4%	40,9%	49,5%	10,4%	41,7%	27,9%	1,6%
Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits-, Wachberufe	100,0%	2,9%	97,0%	75,8%	21,3%	8,3%	11,7%	8,8%	3,1%
Künstlerische, medien-, geistes- u. sozialwiss. Berufe	100,0%	34,0%	65,9%	46,7%	19,2%	13,2%	7,1%	2,5%	/
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe	100,0%	28,6%	71,4%	64,6%	6,8%	4,1%	2,4%	0,7%	0,5%
Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger	100,0%	12,8%	87,1%	58,5%	28,6%	11,5%	18,7%	6,6%	0,3%
sonstige Berufshauptfelder	100,0%	9,9%	89,5%	71,1%	18,4%	6,4%	11,2%	5,5%	1,8%
Insgesamt	100,0%	11,2%	88,3%	66,4%	21,9%	7,6%	14,2%	7,4%	1,6%

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Ohne Zeit- und Berufssoldat(en/innen) sowie Grundwehr- und Zivildienstleistende

/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug

Die Tabelle 12 zeigt, dass der Anteil der Beschäftigten, die nach der allgemein üblichen Definition der OECD als sog. Niedriglohnbeschäftigte einzustufen sind, in den Berufsfeldern der Verkehrs- und Transportberufe sowie der Gastronomie- und Reinigungsberufe überdurchschnittlich hoch ist. Dies beruht allerdings auf Ergebnissen der Verdienststrukturerhebung 2006 (siehe auch Antwort zu den Fragen 13a bis 13c). Aktuellere Informationen, die auch den Bereich der sog. atypischen Beschäftigung umfassen, liegen nicht vor.

Tabelle 12: Anteil der Beschäftigten [1)] mit Niedriglohn im Oktober 2006

Niedriglohngrenze bei zwei Dritteln des Medians vom Bruttostundenlohn (=9,85 Euro)
Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2006

Berufshauptfeld	Insgesamt	Normalarbeit-nehmer/-innen	Atypisch Beschäftigte				
			zusammen	Teilzeit-beschäftigte	befristet Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeit-nehmer/-innen
	in %						
Gesamte Volkswirtschaft	20	11	49	20	36	81	67
darunter:							
05 Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits-, Wachberufe	32	20	68	36	46	86	80
06 Gastronomie- und Reinigungsberufe	60	44	74	48	69	88	78
09 Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe	4	3	19	7	17	54	/
10 Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche Berufe	11	4	32	12	25	66	/
11 Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger	12	8	21	7	21	61	/

Quelle. Statistisches Bundesamt

1) Bezogen auf Beschäftigte in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten im Alter von 15 bis 64 Jahren ohne Auszubildende und ohne Personen in Altersteilzeit.

d) Wie häufig kommen im Vergleich zur gesamten Volkswirtschaft atypische Arbeitszeiten vor?

Auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus 2009 kann aus der nachfolgenden Tabelle entnommen werden, wie häufig in den oben genannten Berufshauptfeldern auf sog. atypische Arbeitszeiten wie Samstag- oder Sonntagsarbeit, Abendarbeit sowie Nachtarbeit zurückgegriffen wird (Tabelle 13).

Tabelle 13: Erwerbstätige mit atypischen Arbeitszeiten* nach Berufshauptfeld 2009

Ergebnis des Mikrozensus 2009
in Prozent

	Erwerbstätige insgesamt	Berufshauptfelder					
		Gastronomie- und Reinigungs-berufe	Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits-, Wachberufe	Künstlerische, medien-, geistes- u. sozialwiss. Berufe	Rechts-, Management- und wirt-schaftswiss. Berufe	Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger	sonstige Berufshaupt-felder
Samstagsarbeit							
ständig/regelmäßig	25,4%	41,1%	31,8%	22,4%	21,7%	37,7%	20,3%
gelegentlich	20,9%	17,6%	24,0%	35,1%	30,8%	18,8%	20,0%
nie	53,7%	41,3%	44,2%	42,5%	47,5%	43,5%	59,8%
Sonntagsarbeit							
ständig/regelmäßig	13,5%	31,0%	18,8%	15,3%	9,0%	29,3%	7,6%
gelegentlich	14,3%	15,3%	15,5%	31,1%	25,6%	15,6%	12,1%
nie	72,2%	53,7%	65,7%	53,6%	65,3%	55,1%	80,4%
Abendarbeit (18-23h)							
ständig/regelmäßig	25,9%	33,3%	31,3%	28,8%	31,0%	36,9%	21,3%
gelegentlich	19,9%	13,1%	19,6%	36,5%	34,2%	19,4%	19,1%
nie	54,2%	53,6%	49,1%	34,7%	34,8%	43,7%	59,6%
Nachtarbeit (23-6h)							
ständig/regelmäßig	8,3%	11,5%	22,3%	4,2%	2,5%	14,2%	5,3%
gelegentlich	6,2%	6,9%	12,4%	11,9%	8,1%	8,6%	4,3%
nie	85,5%	81,6%	65,4%	83,9%	89,4%	77,2%	90,4%

Quelle Statistisches Bundesamt
*) Personen mit gültigen Angaben

13. Wie gestalten sich die Arbeitsbedingungen in den von der Bundesregierung ausgemachten Berufsfeldern mit Fachkräftemangel in Deutschland im Vergleich zu den in anderen europäischen Ländern (Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Schweden – bitte die Unterfragen 13a bis 13f für die einzelnen Berufsfelder und Länder, soweit Daten vorliegen, gesondert beantworten)?

Die Frage 13 wurde in den Fragen 13a bis 13f durch die Fragesteller konkretisiert. Daher wird auf die Antworten zu den Fragen 13a bis 13f verwiesen.

a) Wie stellen sich im Vergleich zu den anderen Ländern die Entgeltbedingungen (Stunden- und Monatslöhne) dar?

b) Wie haben sich die Bruttolöhne in den betroffenen Berufsfeldern seit dem Jahr 2000 im Vergleich zur Gesamtwirtschaft entwickelt?

c) Wie stark sind die Bruttolöhne je Arbeitnehmer in den betroffenen Branchen (bzw. Wirtschaftszweigen) seit dem Jahr 2000 real (preisbereinigt) in Deutschland und den anderen Ländern gestiegen?

Die Fragen 13a bis 13c werden im Zusammenhang beantwortet.

Daten zur Entwicklung von Bruttolöhnen in den aufgeführten Abgrenzungen liegen der Bundesregierung nicht vor. Die Verfügbarkeit amtlicher international vergleichbarer Daten zu Entgelten beschränkt sich auf die EU-weit in 2002 und 2006 durchgeführte Verdienststrukturerhebung, wobei die Ergebnisse für das Jahr 2006 noch nicht für alle Länder (z. B. fehlen Frankreich, Dänemark und Schweden) vorliegen. Außerdem wird im internationalen Vergleich lediglich nach Berufsgruppen wie etwa Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Techniker oder Wissenschaftler unterschieden, so dass eine Differenzierung nach den gewünschten Berufs- oder Tätigkeitsfeldern nicht möglich ist.

d) Wie stark ist die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität in den o. g. Ländern und in Deutschland seit 2000 gestiegen?

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität (BIP in Preisen von 2000 je Beschäftigten) in Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Dänemark und Schweden seit 2000 zeigt nachfolgende Tabelle 14:

Tabelle 14: Arbeitsproduktivität

Länder	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	100.0	100.8	101.4	102.1	102.9	103.8	106.7	107.7	107.3	102.2	105.6	107.2
Frankreich	100.0	99.8	99.9	100.9	103.3	104.6	105.9	106.7	106.1	104.6	106.4	107.6
Dänemark	100.0	99.8	100.2	101.7	104.7	106.2	107.5	106.3	103.2	100.9	104.7	106.4
Großbritannien	100.0	101.6	103.0	104.9	106.8	108.0	110.1	112.3	111.4	107.5	109.5	111.5
Schweden	100.0	99.2	101.6	104.6	109.8	112.9	115.8	116.8	115.2	111.5	115.8	118.5

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

e) Wie stellt sich in den betroffenen Berufsfeldern in Deutschland im Vergleich zu den anderen Ländern die Zusammensetzung nach Beschäftigungsformen dar, also der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse und der einzelnen Formen atypischer Beschäftigung (befristet, Teilzeit, geringfügig, Leiharbeit)?

f) Wie häufig kommen in den betroffenen Berufsfeldern im Vergleich zu anderen Ländern atypische Arbeitszeiten vor?

Antwort zu den Fragen 13 e und 13 f:

Der Bundesregierung liegen hierzu aus der amtlichen Statistik keine belastbaren Erkenntnisse vor, da bei Daten zur sog. atypischen Beschäftigung (z. B. mit Blick auf die geringfügige Beschäftigung) die internationale Vergleichbarkeit eingeschränkt ist.

14. Falls die Bundesregierung die Frage 9 nicht beantworten kann, wie beantwortet sie die Fragen 11 bis 13 für die von dem BIBB und IAB benannten Berufsfelder (vgl. Frage 10)?

Auf die Antworten zu den Fragen 11 bis 13 wird verwiesen.

15. Wie viele Fachkräfte arbeiten unterhalb ihres Qualifikationsniveaus in Niedriglöhnen (jeweils differenziert nach Berufen bzw. Branchen)?

Die amtliche Statistik gibt keine Auskunft darüber, ob Beschäftigte in einer Tätigkeit eingesetzt werden, die unterhalb ihres beruflichen Qualifikationsniveaus anzusiedeln ist. Der Verdienststrukturerhebung lässt sich aber entnehmen, wie viele Beschäftigte mit Niedriglohnbezug es nach beruflichen Qualifikationsniveaus oder nach Wirtschaftszweigen gibt (siehe Anhang, Tabelle 9). Die Niedriglohngrenze wird dabei gemäß internationaler Konvention bei zwei Dritteln des Median-Verdienstes angesetzt. 2006 lag diese Niedriglohngrenze bei einem Bruttostundenverdienst von 9,85 Euro.

16. Inwiefern lässt sich der von den Arbeitgebern in der Pflegebranche beklagte Fachkräftemangel auf die dort herrschenden schlechten Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung zurückführen?

    Wie hoch ist der Anteil der Arbeitskräfte, die dort nach wenigen Jahren wegen dieser Arbeitsbedingungen aus dem Beruf wieder ausscheiden, die gesundheitliche Beeinträchtigungen erfahren, die in Erwerbsminderungsrenten gehen müssen?

Das Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) hat – gefördert durch das BMFSFJ – von Dezember 2007 bis August 2009 eine Studie zur Untersuchung der Berufsverläufe von Altenpflegerinnen und Altenpflegern durchgeführt. Im Rahmen dieser Studie wurden erstmals statistisch belegbare und somit repräsentative Ergebnisse zu Länge und Struktur der Berufsverläufe von Altenpflegerinnen und Altenpflegern generiert.

Demnach sind die Berufsverläufe von Altenpflegerinnen und Altenpflegern deutlich länger als bisher zum Teil angenommen. So hat sich herausgestellt, dass die Berufsverläufe von Altenpflegerinnen und Altenpflegern, die in den Jahren 1976-1980 in den Beruf eingestiegen sind, sich zum Stichtag 31. Dezember 2004 im Durchschnitt auf über 19 Jahre erstreckten. Ebenso sind die berufliche Bindung und die Identifikation mit dem Beruf hoch. 15 Jahre nach dem Ende der Ausbildung waren noch 63 Prozent der Altenpflegerinnen und Altenpfleger in ihrem Beruf tätig, wobei sie teilweise längere Unterbrechungsphasen hatten.

Für Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger wird dieses Ergebnis durch die Forschungsstudie zur Verweildauer in Pflegeberufen in Rheinland-Pfalz (ViPb) bestätigt, die die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Auftrag des Bundeslandes Rheinland-Pfalz durchgeführt hat. Die Studie basiert im wesentlichen auf Daten der Krankenkassen. Zur weiteren Interpretation wurden die auf das Bundesland Rheinland-Pfalz bezogenen Daten mit denen aus dem restlichen Bundesgebiet verglichen, so dass die Autoren auch Aussagen über die Situation im gesamten Bundesgebiet getroffen haben.

Obwohl damit für die Pflegeberufe längere Verweilzeiten als zunächst angenommen ermittelt wurden, kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass die Arbeit in allen Bereichen der Pflege möglichst so organisiert werden sollte, dass Fachpflegende länger als bisher im Beruf bleiben. Die Bundesregierung teilt diese Auffassung. Zu einem längeren Verbleib trägt aus ihrer Sicht auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Der durch das BMG einberu-

fene „Runde Tisch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Gesundheitswesen“ hat hierfür bereits erste wichtige Impulse gegeben.

17. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von Wissenschaftlern des BIBB und IAB, dass gemachte Vorhersagen bezüglich eines drohenden Fachkräftemangels nur dann „eintreffen, wenn bestimmte, genau benannte Bedingungen gelten und über den Projektionszeitraum Bestand haben“ und dass es „in der Realität zwangsläufig Reaktionen der Bedarfsseite und/oder der Angebotsseite“ gibt, also die Bedingungen, auf denen die Prognosen aufbauen, sich verändern und damit ganz andere Entwicklungen stattfinden können?

    Wie begründet die Bundesregierung ihre Antwort, und welchen Wert misst sie vor diesem Hintergrund Prognosen über einen drohenden Fachkräftemangel bei?

Vorausberechnungen fußen zwangsläufig auf Annahmen zur zukünftigen Entwicklung. Ihre Treffsicherheit hängt entscheidend von der Qualität dieser Annahmen ab. Zentrale Annahmen für die Vorausberechnungen zum Arbeitsangebot betreffen z. B. die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und die Erwerbsbeteiligung. Zahlreiche wissenschaftliche Vorausberechnungen – auch Studien des BIBB und des IAB – kommen unter verschiedenen Annahmen übereinstimmend zu dem Ergebnis eines zukünftig deutlich zurückgehenden Arbeitskräfteangebots. Ungeachtet dessen, dass es „in der Realität zwangsläufig Reaktionen der Bedarfsseite und/oder der Angebotsseite“ gibt, kann als weitgehend gesichert gelten, dass Fachkräfteengpässe drohen, da mit dem heutigen Altersaufbau der Bevölkerung wesentliche Weichen bereits unumkehrbar gestellt sind. ”Ganz andere Entwicklungen”, wie in der Frage angedeutet, können somit unter realistischen Annahmen nicht erwartet werden.

18. Inwieweit besteht im Ingenieurwesen allgemein und bezogen auf Maschinenbau-, Fahrzeugbau-, Elektro- und Wirtschaftsingenieurwesen konkret ein Fachkräftemangel, und seit wann wird dieser prognostiziert?

Aktuell liegt eine Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit vor, die Engpässe bei Maschinen- und Fahrzeugbauingenieuren sowie Elektroingenieuren identifiziert. Bei den Wirtschaftsingenieuren, die unter den sogenannten Sonstigen Ingenieuren mit erfasst sind, ist aktuell kein Fachkräftemangel erkennbar.

19. Wie hat sich seit 2005 im Maschinenbau-, Fahrzeugbau-, Elektro- und Wirtschaftsingenieurwesen die Zahl und Quote der Auszubildenden entwickelt (bitte unterscheiden nach Berufsausbildung und Hochschulausbildung)?

    Wie hat sich insbesondere die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze seit 2005 entwickelt?

Tabelle 15: Studierende an Hochschulen

	2005	2006	2007	2008	2009
Maschinenbau	80.706 (4,1 %)	74.036 (3,7 %)	77.425 (4,0 %)	87.657 (4,3 %)	93.429 (4,4 %)
Fahrzeugtechnik	8.027 (0,4 %)	9.809 (0,5 %)	9.453 (0,5 %)	10.110 (0,5 %)	10.773 (0,5 %)
Elektrotechnik/ Elektronik	56.094 (2,8 %)	51.464 (2,6 %)	50.554 (2,6 %)	52.517 (2,6 %)	70.941 (3,3 %)
Wirtschafts-ingenieurwesen	48.151 (2,4 %)	55.264 (2,8 %)	57.763 (3,0 %)	63.006 (3,1 %)	51.267 (2,4 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 16: Auszubildende in der beruflichen Bildung

	2005	2006	2007	2008	2009
Maschinenbau- und wartungsberufe	55.711 (3,6 %)	57.740 (3,7 %)	60.441 (3,8 %)	61.495 (3,8 %)	59.823 (3,8 %)
Fahr-, Flugzeugbau- und wartungsberufe	94.739 (6,1 %)	96.245 (6,1 %)	95.773 (6,0 %)	92.870 (5,8 %)	88.872 (5,7 %)
Elektroberufe	112.838 (7,3 %)	110.828 (7,1 %)	112.173 (7,0 %)	115.170 (7,1 %)	114.755 (7,3%)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

20. Wie viele Fachkräfte befinden sich in der „Stillen Reserve“ (jeweils differenziert nach Berufen bzw. Branchen)?

    Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Personen ausfindig zu machen, anzusprechen und für eine adäquate Erwerbstätigkeit zu werben?

    Welche Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung werden gezielt angeboten und gefördert?

Die Stille Reserve wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit Hilfe ökonometrischer Modelle geschätzt. Für 2010 prognostiziert das IAB eine Stille Reserve von bundesweit 943 000 Personen im Jahresdurchschnitt. Eine Differenzierung der Stillen Reserve nach Berufen oder Branchen ist nicht möglich. Sie setzt sich aus Personen zusammen, die an bestimmten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (z. B. Förderung der beruflichen Weiterbildung) teilnehmen und weder als arbeitslos noch als Erwerbspersonen gezählt werden, sowie aus Personen, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt in Nichterwerbstätigkeit befinden und keine Erwerbstätigkeit suchen, weil sie ihre Aussichten, eine ihnen zusagende Erwerbstätigkeit zu finden, als sehr gering einschätzen. Sofern sich Personen bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitsuchend melden und die individuellen Fördervoraussetzungen vorliegen, kann eine Beschäftigungsaufnahme durch die Instrumente der Arbeitsförderung unterstützt werden. Hierzu zählt z. B. die Förderung der beruflichen Weiterbildung. Im Übrigen stehen diesem Personenkreis auch allgemeine Förderinstrumente wie z. B. die Bildungsprämie zur Verfügung.

21. Wie viele Fachkräfte befinden sich in Maßnahmen oder werden als über 58-Jährige nicht mehr als arbeitslos erfasst (jeweils differenziert nach Berufen bzw. Branchen)?

    Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Personen anzusprechen und für eine adäquate Erwerbstätigkeit zu motivieren?

    Welche Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung werden gezielt angeboten und gefördert?

Die Frage kann mit Statistiken der Bundesagentur für Arbeit nur näherungsweise beantwortet werden. Auswertungen können für Berufe vorgenommen werden. So liegen statistische Daten über das berufliche Schulungsziel aus der Förderstatistik für Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (Fbw) vor (siehe im Anhang Tabelle 10). Informationen über den Zielberuf von Teilnehmern an anderen Maßnahmen stehen derzeit nicht zur Verfügung; an einer Weiterentwicklung der Statistik wird derzeit gearbeitet. Außerdem können

aus der neuen Statistik der gemeldeten erwerbsfähigen Personen für 58-Jährige und Ältere, die bei einer Agentur für Arbeit oder einem Träger der Grundsicherung zwar gemeldet, aus verschiedenen Gründen (z. B. Maßnahmenteilnahme, vorruhestandsähnliche Regelungen, Arbeitsunfähigkeit, Erwerbstätigkeit) aber nicht als arbeitslos registriert sind, Informationen darüber gewonnen werden, welche Zielberufe für diese Personen eingetragen wurden (siehe im Anhang, Tabelle 11). Aus verarbeitungstechnischen Gründen können in beiden Statistiken Daten von zugelassenen kommunalen Trägern nicht berücksichtigt werden. Statistische Angaben liegen aus der Förderstatistik bis August und aus der Statistik der gemeldeten erwerbsfähigen Personen bis November 2010 vor. Zu den Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung wird auf die Antwort zu Frage 20 verwiesen.

22. Auf welche Berechnungen stützt sich die Aussage des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle, fehlende Fachkräfte hätten bereits im Krisenjahr 2009 zu Wohlstandsverlusten von etwa 15 Mrd. Euro geführt (ZEIT ONLINE vom 18. Oktober 2010)?

Die Aussagen stützen sich auf das vom BMWi in Auftrag gegebene Gutachten des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), Köln vom Oktober 2008, Titel „Wachstums- und Fiskaleffekte von Maßnahmen gegen Fachkräftemangel in Deutschland – Bildungsökonomische Analyse und politische Handlungsempfehlungen insbesondere im MINT-Bereich“ (abrufbar über die Internetseite des BMWi).

23. Teilt die Bundesregierung die Meinung des Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW), Klaus Zimmermann, und des Präsidenten des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Ulrich Blum, wonach ein möglicher Fachkräftemangel längere Wochenarbeitszeiten nach sich ziehen müsse (SPIEGEL ONLINE vom 23. Oktober 2010), und wie begründet die Bundesregierung ihre Antwort?

Das Arbeitszeitgesetz legt Rahmenbedingungen zur Sicherheit und zum Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Arbeitszeitgestaltung fest. In dem durch das Arbeitszeitgesetz vorgegebenen Rahmen überlässt es der Gesetzgeber den Tarifvertragsparteien, den Betriebspartnern und den Parteien des Arbeitsvertrages die konkreten Arbeitszeiten zu vereinbaren. Insbesondere die Tarifvertragsparteien können Arbeitszeiten festlegen, die sowohl wirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch wünschenswerten Zwecken genügen als auch Arbeitnehmerinteressen berücksichtigen.

Wenn Unternehmen nicht die Arbeitskräfte finden, die sie für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen benötigen, ist damit zu rechnen, dass sie Ausweichstrategien entwickeln, wie bspw. Arbeitsverdichtung und verstärkte Automatisierung. Damit gingen Beschäftigungschancen nicht nur für qualifizierte Fachkräfte, sondern auch für geringer Qualifizierte verloren, deren Arbeitsplätze vom Niveau der Fachkräftebeschäftigung abhängen.

24. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass je mehr Bewerber auf dem Markt sind, desto weniger müssen sich Unternehmen Gedanken machen, wie attraktiv ihre ausgeschriebene Stelle ist?

Unternehmen müssen sich stets bemühen, attraktive Arbeitgeber zu sein, wenn sie qualifiziertes Personal für sich gewinnen und dauerhaft halten wollen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der damit einhergehen-

den Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials werden sich Unternehmen in Zukunft völlig neuen Anforderungen stellen müssen; so werden sie stärker als heute um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werben und neue Wege beschreiten müssen, um als attraktive Arbeitgeber wahrgenommen zu werden.

25. Teilt die Bundesregierung die Aussagen des DIW-Wochenberichtes 46/2010, wonach die These eines Fachkräftemangels in Frage zu stellen ist und es für ein generell knappes Arbeitskräfteangebot keine Belege gebe, da

    a) die Löhne der Fachkräfte kaum gestiegen sind,

    b) zudem die Zahl qualifizierter Arbeitsloser größer als die Zahl der offenen Stellen sei,

    c) in der Industrie immer noch weniger Fachkräfte beschäftigt sind als vor der Krise,

    d) angesichts der vielen Ingenieursstudierenden nicht mit einem Mangel zu rechnen, eher eine Fachkräfteschwemme möglich sei?

    Wie begründet die Bundesregierung ihre Antwort (bitte die Unterfragen einzeln beantworten)?

Die Fragen werden aufgrund des gemeinsamen Bezugs zum DIW-Wochenbericht gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung geht aktuell von keinem flächendeckenden, generellen Fachkräftemangel aus. Allerdings kommt es in manchen Branchen und Regionen sowie in Bezug auf spezifische Qualifikationen und Unternehmensgrößen bereits zu Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung und in einzelnen Berufen zu Fachkräfteengpässen, die sich demografiebedingt mittel- bis langfristig verschärfen dürften. Wie in der DIW-Veröffentlichung genannt, ist die Entwicklung der Löhne nur ein Indikator, um ein Ungleichgewicht beider Marktseiten auszugleichen. Auch die Feststellung der Autoren, dass in den meisten Fertigungsberufen und naturwissenschaftlich-technischen Berufen (und damit vermutlich vor allem im Industriesektor) die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen ist und das Vorkrisenniveau zumeist noch nicht wieder erreicht ist, kann noch nicht als alleiniges Indiz gegen einen sich beschleunigenden Fachkräftebedarf gewertet werden. Die wirtschaftliche Situation verbessert sich derzeit dynamisch, allerdings gibt es nach wie vor Betriebe, die noch Kurzarbeit nutzen und ihren Personalbestand noch nicht auf das Vorkrisenniveau aufgestockt haben. In jedem Fall sind regionale sowie branchenspezifische Engpasssituationen zu berücksichtigen. Die IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots wies für das 3. Quartal 2010 rd. 986 000 offene Stellen aus. Dem gegenüber standen rund 3 Millionen Arbeitslose. Dabei ist ein Mismatch hinsichtlich fachlicher Qualifikationen ebenso möglich wie ein Mismatch, das sich aufgrund eingeschränkter räumlicher Mobilität ergibt.

26. Wie ist nach Ansicht der Bundesregierung das vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (IW) verwandte Verfahren zur Ermittlung eines Fachkräftemangels zu bewerten, bei dem die bei den Arbeitsagenturen gemeldete Zahl der offenen Stellen für Ingenieure mit einem bestimmten Faktor hochgerechnet wird, und das so ermittelte Stellenangebot den arbeitslos gemeldeten Ingenieuren gegenübergestellt und die Differenz als Ingenieurmangel ausgegeben wird?

    Wie beurteilt die Bundesregierung die Methode des IW, auf der Klagen der Arbeitgeberverbände über einen Ingenieurmangel gründen?

    Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass man einem – auf welche Weise auch immer ermittelten – Jobangebot auch alle Jobsuchenden gegenüberstellen muss, um zu einer realistischen Relation von Nachfrage und Angebot zu kommen?

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass zu den Jobsuchenden neben den Arbeitslosen etwa auch Studienabsolventen, Berufsrückkehrer und insbesondere Ingenieure zu zählen sind, die von einem Unternehmen zum anderen wechseln wollen?

Es gibt eine Vielzahl an Studien zum Thema Fachkräftemangel, die aufgrund des unterschiedlichen Untersuchungsdesigns und der Verwendung verschiedenster Methoden zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. So errechnet das IW auf Basis einer eigenen Unternehmensbefragung, dass jede achte offene Stelle im Bereich der MINT-Berufe bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet wird, während das IAB eine Meldequote aller offener Stellen im Ersten Arbeitsmarkt über alle Berufe von 48 Prozent im dritten Quartal 2010 errechnet hat. Die Bundesregierung wird daher einen eigenen Jobmonitor entwickeln, um kontinuierlich Ergebnisse auf einer einheitlichen Grundlage zu gewinnen. Hierzu gehört sowohl eine Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Angebots offener Stellen als auch eine Definition des der Arbeitskräftenachfrage gegenüberzustellenden Arbeitskräfteangebots. Hierbei wird zunächst auf die amtliche Statistik zurückgegriffen, von der angenommen werden kann, dass der größte Teil der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen, die sich in keinem Beschäftigungsverhältnis befinden, erfasst ist.

Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Antwort zu Frage 2 verwiesen.

27. Sind für die Arbeitgeberinitiative „MINT Zukunft schaffen“ Bundesmittel zur Verfügung gestellt worden, und wenn ja, in welcher Höhe, wann, und für welche Zwecke?

    Gab es sonstige Unterstützungs- oder Hilfeleistungen der Bundesregierung?

Für die Arbeitgeber-Initiative „MINT Zukunft schaffen“ hat die Bundesregierung keine Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Die Bundesregierung stellt aber für den „Nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen“ finanzielle Mittel zur Verfügung.

28. Wie viele Personen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren sind in den vergangenen Jahren aus Deutschland emigriert?

    Welches waren die Zielländer dieser Emigrantinnen bzw. Emigranten?

    Über welche beruflichen Qualifikationen verfügen diese Personen?

    Aus welchen Branchen und Berufen kommen diese Personen?

    Wie schätzt die Bundesregierung das Emigrationsverhalten der Personen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren für die nächsten fünf Jahre ein?

    Was tut die Bundesregierung, um derartige Fachkräfte zu motivieren, weiterhin in Deutschland zu bleiben?

In den letzten Jahren sind Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren wie folgt fortgezogen:

Tabelle 17: Fortzüge aus Deutschland

Jahr	Personen
2005	537.333
2006	547.327
2007	545.726
2008	636.235
2009	634.562

Quelle: Bundesministerium des Inneren.

Zielländer waren hauptsächlich folgende Staaten:

Polen, Rumänien, Türkei, Vereinigte Staaten, Schweiz, Italien, Ungarn, Österreich, Frankreich, Bulgarien, Vereinigtes Königreich, Spanien, Griechenland, China, Russische Föderation, Serbien, Kroatien, Niederlande, Indien, Portugal, Slowakei, Kanada, Tschechische Republik. Die Bildungs- und Berufsqualifikationen oder weitere berufliche Charakteristika werden in der Zu- und Fortzugsstatistik nicht erfasst. Über das Emigrationsverhalten der Personen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren in den nächsten fünf Jahren liegen der Bundesregierung keine belastbaren Schätzungen vor.

Die Gründe für einen temporären oder dauerhaften Fortzug können sehr verschieden und individuell sein. Die Bundesregierung versucht, gute Rahmenbedingungen und eine gute Infrastruktur zu schaffen, um eine Abwanderung aus Deutschland zu minimieren und abgewanderten Fachkräften die Rückkehr nach Deutschland zu erleichtern. Dabei spielt auch eine Willkommenskultur eine große Rolle, die nicht allein durch Maßnahmen der Bundesregierung verbessert werden kann. Hier sind auch die Unternehmen und die Gesamtgesellschaft gefragt.

29. Welche Positionen und Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu den bisherigen und derzeit diskutierten Einwanderungsregelungen, wonach der Zuzug von Fachkräften zunächst auf dem Verordnungswege geregelt wurde (z. B. die so genannte Greencard-Initiative), es seit 2005 besondere gesetzliche Regelungen gibt, die z. B. die Erteilung eines Daueraufenthaltsrechts unter verschiedenen Bedingungen vorsehen, unter anderem hierfür ein Mindesteinkommen von derzeit 66 000 Euro nachgewiesen werden muss und jetzt über eine Absenkung dieser Einkommensgrenze diskutiert wird?

Die Frage wurde in den Fragen 29a bis 29e konkretisiert. Daher wird auf die Antworten zu den Fragen 29a bis 29e verwiesen.

a) Wie viele Fachkräfte sind seit 2000 nach Deutschland eingewandert (bitte nach Berufsfeld und Jahr aufschlüsseln sowie ab 2005 auch nach den §§ 18 bzw. 19 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG – differenzieren)?

b) Wie viele Fachkräfte sind seit 2000 aus Deutschland ausgewandert (bitte nach Berufsfeld und Jahr aufschlüsseln sowie ab 2005 auch nach den §§ 18 bzw. 19 AufenthG differenzieren)?

Antwort zu den Fragen 29 a und 29 b.

Eine nach Aufenthaltstiteln detaillierte Auswertung ist erst seit der vollständigen, auch datentechnischen Umsetzung des Ausländerzentralregisters (AZR) und der Systemanwendungen in den Ländern seit dem Jahr 2007 möglich. Die Berufsfelder, in denen Arbeitsmigranten tätig werden, werden im AZR nicht gespeichert.

Die folgende Tabelle bildet die im jeweiligen Jahr erteilten und/oder verlängerten Aufenthaltstitel sowie die Fortzüge ab.

Tabelle 18: Erteilte und verlängerte Aufenthaltstitel sowie Fortzüge

	2007		2008		2009*		bis 31.10.2010*	
	Erteilung	Fortzug	Erteilung	Fortzug	Erteilung	Fortzug	Erteilung	Fortzug
§ 18 AufenthG	63.134	18.482	72.092	19.816	6.188	13.437	---	3.283
§ 18 Absatz 3	---	---	---	---	15.701	1.965	16.200	3.565

	2007		2008		2009*		bis 31.10.2010*	
	Erteilung	Fortzug	Erteilung	Fortzug	Erteilung	Fortzug	Erteilung	Fortzug
§ 18 Absatz 4 S. 1	---	---	---	---	42.323	4.457	42.918	7.526
§ 18 Absatz 4 S. 2	---	---	---	---	2.615	289	2.097	365
§ 18 gesamt	63.134	18.482	72.092	19.816	66.827	20.148	61.215	14.739
§ 19 AufenthG	466	40	473	90	689	110	584	104

* seit dem 01.01.2009 erfolgt eine differenzierte Erfassung nach § 18 Absatz 3, § 18 Absatz 4 Satz 1 und § 18 Absatz 4 Satz 2 AufenthG.
Quelle: AZR, Wanderungsmonitoring.

Die Zahlen der Fortzüge beinhalten die Fortzüge nach aktiver Abmeldung durch den Ausländer ins Ausland sowie die Fortzüge nach unbekannt. Fortzüge nach unbekannt werden durch die Ausländerbehörden vermerkt, wenn ihnen zur Kenntnis kommt, dass sich ein Ausländer nicht mehr mit dem erteilten Aufenthaltstitel in Deutschland aufhält und der Ausländer sich nicht aktiv abgemeldet hat.

c) Geht die Bundesregierung davon aus, dass Unternehmen nicht in der Lage sind, dringend benötigten Spezialisten Jahresgehälter von mindestens 66 000 Euro im Jahr zu bezahlen, und wie bewertet sie in diesem Zusammenhang Überlegungen, diese Grenze weiter abzusenken?

Für die Anwerbung dringend benötigter ausländischer Fachkräfte ist es nach geltendem Recht nicht erforderlich, dass die Unternehmen ein Jahresgehalt von 66 000 Euro bezahlen. Diese Gehaltsgrenze ist lediglich Voraussetzung für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis, mit der besonders hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte ein sofortiges und uneingeschränktes Daueraufenthaltsrecht erhalten. Der Arbeitsmarkt ist für die Zuwanderung ausländischer Hochschulabsolventen grundsätzlich ohne Gehaltsgrenze offen, für Ausländer mit einem inländischen Hochschulabschluss unabhängig von der Arbeitsmarktlage und für Drittstaatsangehörige mit einem ausländischen Abschluss nach Vorrangprüfung. Die Beschäftigungsbedingungen müssen jeweils denen vergleichbarer deutscher Beschäftigter entsprechen.

d) Hat eine Absenkung der Einkommensgrenze für einwanderungswillige Fachkräfte von derzeit 66 000 Euro aus Sicht der Bundesregierung die Wirkung, die Gehaltshöhe in den betroffenen Bereichen zu erhöhen oder zu senken, und wie begründet sie ihre Einschätzung?

Auf die Antwort zu Frage 30 wird verwiesen.

e) Welche Folgen hatte die Absenkung der Gehaltsgrenze auf 66 000 Euro, welche empirischen Angaben und Erfahrungswerte liegen hierzu vor, und wie bewertet die Bundesregierung diese?

Nach Absenkung der Gehaltsgrenze zum 1. Januar 2009 ist die Zahl aller nach § 19 Absatz 2 Nummer 1 bis 3 Aufenthaltsgesetz erteilten Niederlassungserlaubnisse an Hochqualifizierte im Vergleich zum Vorjahr von 473 auf 689 angestiegen. In dieser Zahl sind nicht nur Neuzuwanderer, sondern auch Personen enthalten, die sich z. B. bereits zur Beschäftigung, zum Studium oder zur Promotion in Deutschland aufgehalten haben. Die Zahl derer, die 2009 erstmals eingereist sind und eine Niederlassungserlaubnis als Hochqualifizierte erhalten haben, beträgt laut Ausländerzentralregister 169. Die Entwicklung der Erteilungszahlen ist angesichts der Größenordnung wenig aussagekräftig.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Inkrafttreten der Absenkung der Gehaltsgrenze in die Zeit der weltweiten Wirtschaftskrise fiel und die Unternehmen deshalb eine gewisse Zurückhaltung bei der Neueinstellung von Hochqualifizierten geübt haben dürften.

30. Welche Gehaltshöhe als Grenze für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte sieht die Bundesregierung als notwendig an, und ab welcher Höhe sieht sie die Gefahr eines Lohndumpings im Bereich der Anstellung von Fachkräften?

    Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass eine Herabsenkung der Einkommensgrenze für Zuwanderer aus Drittländern auf 40 000 Euro brutto pro Jahr Einfluss auf die Entlohnung der derzeit Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland haben könnte, da reichlich die Hälfte der Vollzeitbeschäftigten Löhne oberhalb dieser Grenze bekommen?

Auf Initiative der Bundesregierung wurde die Gehaltsgrenze für Hochqualifizierte nach § 19 Absatz 2 Nummer 3 AufenthG (Spezialisten und leitende Angestellte mit besonderer Berufserfahrung) zum 1. Januar 2009 von 86 400 auf 66 000 Euro gesenkt.

Genaue Aussagen zu den Lohneffekten durch die Zuwanderung qualifizierter Migranten bei einer Herabsenkung der Einkommensgrenze können nicht getroffen werden. Die Effekte der Zuwanderung qualifizierter Migranten aus Drittländern hängt davon ab, inwieweit diese in direkter Konkurrenz zu einheimischen Arbeitskräften stehen und in welchem Umfang die Unternehmen den Kapitalstock aufgrund des höheren Arbeitsangebotes ausweiten. Grundsätzlich geht die aktuelle empirische wirtschaftswissenschaftliche Literatur jedoch von einer positiven Arbeitsmarktwirkung der Zuwanderung qualifizierter Migranten aus.

31. Wie viele Fachkräfte mit Migrationshintergrund, die einen Berufs- oder Studienabschluss in Deutschland haben, sind unter ihrer Qualifikation beschäftigt?

    Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Personen und potenzielle Arbeitgeber ausfindig zu machen, anzusprechen und für eine adäquate Erwerbstätigkeit zu werben?

32. Wie viele Fachkräfte mit Migrationshintergrund, die einen Berufs- oder Studienabschluss im EU-/EWR-Ausland haben, sind unter ihrer Qualifikation beschäftigt?

    Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Personen und potenzielle Arbeitgeber ausfindig zu machen, anzusprechen und für eine adäquate Erwerbstätigkeit zu werben?

Die Fragen 31 und 32 werden zusammen beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine Angaben darüber vor, in welchem Land ein Berufs- oder Studienabschluss erworben wurde. Die Bundesregierung bereitet derzeit ein Gesetz vor, um die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen zu erleichtern.

33. Wie bewertet die Bundesregierung Stimmen aus dem Mittelstand, wonach die Ursache für einen drohenden Fachkräftemangel nicht unzureichende Einwanderungsregelungen, sondern eine verfehlte Bildungspolitik sei bzw. wonach die Einwanderung von Fachkräften in der Praxis weniger an gesetzlichen Regelungen scheitere, sondern daran, dass Deutsch-

land keinen guten Ruf als „Heimat gebendes Land“ habe (FAZ vom 19. November 2010), und welche Schlussfolgerungen zieht sie gegebenenfalls hieraus?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über eine verbreitete Kritik des Mittelstands an der Bildungspolitik vor. Die Bundesregierung verweist demgegenüber auf die positive Entwicklung, die der Bildungsstandort Deutschland in den letzten Jahren erfahren hat, wie u. a. die Ergebnisse der PISA-Untersuchungen 2010 im Vergleich zu den Vorjahren sowie die deutlich gesunkene Jugendarbeitslosigkeit (Rückgang bei den 15- bis 25-Jährigen 2010 um 13 Prozent) zeigen.

34. Inwieweit sieht die Bundesregierung Rassismus in Deutschland bzw. die Gefahr gewalttätiger, fremdenfeindlicher Übergriffe als ein Hindernis bezüglich der von ihr gewünschten Einwanderung von Fachkräften, und welche Schlussfolgerungen zieht sie gegebenenfalls hieraus?

Die Bundesregierung hat keine empirischen Erkenntnisse darüber, inwieweit sich fremdenfeindliche Einstellungen oder die Gefahr gewalttätiger fremdenfeindlich motivierter Übergriffe auf das Zuwanderungsgeschehen auswirken.

35. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Kritik, wonach die Einteilung in „erwünschte“ und „unnütze“ Zuwanderer ein Teil des Problems ist, weil eine solche Sichtweise eine gesellschaftliche „Verhärtung, Abschottung oder sogar ausländerfeindlichen Ausfällen Vorschub“ leiste und dadurch potenzielle Einwanderer insgesamt entmutige (vgl. FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 14. Juli 2010, „Integration für Inländer“)?

Die Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht.

36. Wie bewertet die Bundesregierung die Kritik, z. B. des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH, wonach es in Deutschland ein „von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommenes hochkompliziertes, kleinteiliges, für In- und Ausländer unübersichtliches System zur indirekten Steuerung der Arbeitskräftezuwanderung“ gebe (Jahresgutachten 2010, S. 10 ff.)?

Die gesetzlichen Zuwanderungsregelungen zum Zweck der Erwerbstätigkeit, insbesondere die §§ 18 bis 21 Aufenthaltsgesetz und die Bestimmungen der Verordnung über die Zulassung von neueinreisenden Ausländern zur Ausübung einer Beschäftigung (Beschäftigungsverordnung) und der Verordnung über das Verfahren und die Zulassung von im Inland lebenden Ausländern zur Ausübung einer Beschäftigung (Beschäftigungsverfahrensverordnung) enthalten differenzierte Regeln zur Arbeitsmigration. Hinweise der Bundesagentur für Arbeit erleichtern für Außenstehende die Einschätzung der Zuwanderungsmöglichkeiten. Die Bundesregierung prüft einen Anpassungsbedarf im Zuwanderungsrecht, auch im Hinblick auf die Verminderung bürokratischen Aufwands. Sie bezieht dabei auch die Erfahrungen anderer Länder ein.

37. Wird sich das rechtliche Instrumentarium für Arbeitskräfteeinwanderung in Deutschland durch die Regelungen der so genannten EU-blue-card weiter verkomplizieren (bitte ausführen)?

Ein Gesetzentwurf zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung und wird, nachdem er vom Kabinett beschlossen wurde, dem Bundesrat und dem Bundestag zugeleitet werden.

a) Wie ist das künftige Nebeneinander von nationalen und auf EU-Recht zurückzuführenden Regelungen zu bewerten?

Aus Sicht der Bundesregierung ist beabsichtigt, die Vorgaben der Hochqualifizierten-Richtlinie sinnvoll in das nationale rechtliche System zu integrieren. Die Möglichkeit, die Zuwanderung auf nationaler Ebene nach eigenen Bedürfnissen und Prioritäten zu steuern, muss erhalten bleiben.

b) Für welche Fachkräfte wird künftig eine Einwanderung nach den EU-blue-card-Regelungen attraktiver sein, und aus welchen Gründen?

Der Anwendungsbereich der Richtlinie definiert den Personenkreis, der diese Regelungen in Anspruch nehmen kann. Insbesondere betrifft dies Personen mit einem Hochschulabschluss. Für Arbeitsmigranten günstige Regelungen enthalten insbesondere die Vorschriften in den Artikeln 15, 16 und 18 der Richtlinie.

38. Wie hoch ist die Anzahl der Studienabgänger aus Drittstaaten, die nach geltendem Recht bis zu einem Jahr nach Beendigung ihres Studiums ein Beschäftigungsverhältnis eingehen können, die sich für eine Arbeitsaufnahme entscheiden?

Die folgende Tabelle bildet die erteilten Aufenthaltserlaubnisse zur Arbeitsplatzsuche nach § 16 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes an Studienabsolventen ab.

Tabelle 19: Aufenthaltserlaubnisse zur Arbeitsplatzsuche nach § 16 Abs. 4 AufenthG

	2006	2007	2008	2009	31.10.2010
§ 16 Abs. 4 AufenthG Arbeitsplatzsuche von Absolventen deutscher Hochschulen	2.031	2.856	3.753	4.418	4.321

Quelle: AZR, Wanderungsmonitoring.

a) Wie hoch ist die Anzahl aus diesem Personenkreis, die ein Beschäftigungsverhältnis anstreben, aber keine Stelle finden und ausreisen?

Die Personen, die einen Aufenthaltstitel nach § 16 Absatz 4 AufenthG erhalten haben, erhalten entweder im Erteilungs- oder im Folgejahr einen Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit, wenn sie eine entsprechende Erwerbstätigkeit aufnehmen. Wenn sie keine entsprechende Erwerbstätigkeit aufnehmen, kann die Ausreise im Erteilungs- oder im Folgejahr erfolgen. Daher ist eine Zuordnung von Erteilungen und Ausreisen zu jeweils einem Jahr nicht möglich. Zum 30. November 2010 weist der Datenbestand des Ausländerzentralregisters (AZR) insgesamt 2 044 Personen als nicht mehr aufhältig aus, die in der Historie einen Aufenthaltstitel nach § 16 Absatz 4 AufenthG haben. Dabei ist auch zu beachten, dass darin Personen enthalten sein können, die zunächst einige Jahre in Deutschland mit der durch das Studium erworbenen Qualifikation gearbeitet haben und danach erst ausgereist sind.

b) Gibt es Zahlen nach Fachrichtungen der Studienabschlüsse für diesen Personenkreis?

Wenn ja, bitte genaue Aufstellung.

Im AZR werden die Fachrichtungen der ausländischen Studierenden nicht gespeichert. Daher sind Aussagen zu den Fachrichtungen der Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche erhalten haben, nicht möglich.

39. Inwieweit ist nach den bislang geltenden nationalen Regelungen zur Arbeitskräfteeinwanderung bzw. auch nach der künftigen EU-blue-card-Regelung sichergestellt, dass es zu keinem „brain drain" kommt, d. h., dass die angeworbenen Fachkräfte nicht in den Herkunftsregionen, in denen sie langjährig ausgebildet wurden, fehlen?

Die Hochqualifizierten-Richtlinie sieht in Artikel 8 Absatz 4 vor, dass ein Antrag auf eine Blaue Karte EU abgelehnt werden kann, um eine Anwerbung unter ethischen Gesichtspunkten in Branchen auszuschließen, in denen im Herkunftsland ein Mangel an qualifizierten Arbeitnehmern besteht. Innerhalb der Bundesregierung wird derzeit geprüft, inwieweit von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden soll.

40. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass die deutsche Entwicklungspolitik durch eine Anwerbung von Fachkräften aus wenig entwickelten Staaten konterkariert werden könnte?

Die Bundesregierung ist sich der Problematik des „brain drain" bewusst (siehe Antwort zu Frage 39). Migration kann jedoch z. B. in Form von Wissenstransfer auch positive Effekte für die Herkunftsländer haben. Die Auswirkungen einer Anwerbung von Fachkräften aus wenig entwickelten Staaten auf die Ziele der deutschen Entwicklungspolitik können deshalb nicht pauschal, sondern nur im Kontext des jeweils betroffenen Staates und der sonstigen zu berücksichtigenden Umstände beurteilt werden.

Anhang

Tabelle 1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Berufshauptfeldern

Deutschland (Arbeitsort)
Zeitreihe[1)]

Berufshauptfeld	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte														
	31.03.2006			31.03.2007			31.03.2008[1)]			31.03.2009[1)]			31.03.2010[1)]		
	Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	absolut		in %	absolut		in %	absolut		in %	absolut		in %	absolut		in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Insgesamt	**25.937.677**	**-**	**-**	**26.603.411**	**665.734**	**2,6**	**27.224.677**	**621.266**	**2,3**	**27.337.349**	**112.672**	**0,4**	**27.398.408**	**61.059**	**0,2**
Verkehrs-, Lager-,Transport-, Sicherheits- und Wachberufe	2.330.559	-	-	2.412.161	81.602	3,5	2.472.840	60.679	2,5	2.432.498	- 40.342	-1,6	2.421.952	- 10.546	-0,4
Gastronomie- und Reinigungsberufe	1.813.088	-	-	1.852.763	39.675	2,2	1.908.949	56.186	3,0	1.937.184	28.235	1,5	1.965.960	28.776	1,5
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe	575.860	-	-	595.768	19.908	3,5	636.939	41.171	6,9	657.364	20.425	3,2	664.282	6.918	1,1
Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche Berufe	368.758	-	-	387.623	18.865	5,1	409.685	22.062	5,7	424.724	15.039	3,7	430.122	5.398	1,3
Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger	3.272.029	-	-	3.320.430	48.401	1,5	3.412.876	92.446	2,8	3.532.506	119.630	3,5	3.670.278	137.772	3,9

Erstellungsdatum: 13.12.2010, Statistik Datenzentrum

1) Bis zum Ablauf von drei Jahren nach Auswertungsstichtag bzw. -zeitraum haben Ergebnisse aus der Beschäftigungsstatistik den Status "vorläufig".

Tabelle 2: Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen

Deutschland
Zeitreihe

Berichtsmonat	Bestand an	nach ausgewählten Berufshauptfeldern					
		Insgesamt	Verkehrs-, Lager- Transport-, Sicher- heits- und Wach- berufe	Gastronomie- und Reinigungsberufe	Rechts-, Manage- ment- und wirt- schaftswissen- schaftliche Berufe	Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissen- schaftliche Berufe	Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger
		1	2	3	4	5	6
März 2006	Arbeitsstellen	305.127	31.953	35.401	6.170	20.424	23.614
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	271.296	26.822	26.038	5.760	18.885	20.566
November 2006	Arbeitsstellen	388.041	47.619	37.552	5.647	24.619	23.163
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	352.941	42.027	27.259	5.571	22.503	20.440
März 2007	Arbeitsstellen	428.950	45.290	42.331	7.021	26.362	28.640
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	395.065	40.523	32.455	6.925	24.444	25.142
November 2007	Arbeitsstellen	395.870	48.360	39.258	6.420	19.282	30.490
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	363.237	42.730	29.794	6.287	18.081	27.544
März 2008	Arbeitsstellen	392.138	40.025	41.288	7.496	16.565	37.099
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	364.018	36.106	32.353	7.422	15.650	33.963
November 2008	Arbeitsstellen	367.106	39.204	36.968	6.916	15.814	40.342
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	340.100	34.466	28.125	6.760	14.985	37.406
März 2009	Arbeitsstellen	317.114	24.475	35.989	6.197	14.993	48.972
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	293.585	20.688	28.183	6.145	14.260	45.882
November 2009	Arbeitsstellen	290.577	x	x	x	x	x
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	260.881	x	x	x	x	x
März 2010	Arbeitsstellen	319.889	x	x	x	x	x
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	288.120	x	x	x	x	x
November 2010	Arbeitsstellen	394.149	48.590	42.614	7.315	12.495	50.551
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	360.642	42.868	32.488	7.120	11.644	46.669

Erstellungsdatum: 13.12.2010, Statistik Datenzentrum

X) Statistische Auswertungen nach dieser Zielberufskategorie können von Berichtsmonat September 2009 bis einschließlich Mai 2010 (gemeldete Arbeitsstellen) bzw. Juni 2010 (Arbeitslose/Arbeitsuchende) nicht zur Verfügung gestellt werden.

Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Berufshauptfeldern und Alter

Deutschland (Arbeitsort)
Zeitreihe[1)]

Berufshauptfeld	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte														
	31.03.2006			31.03.2007			31.03.2008[1)]			31.03.2009[1)]			31.03.2010[1)]		
	Insgesamt	darunter 60-64 Jahre		Insgesamt	darunter 60-64 Jahre		Insgesamt	darunter 60-64 Jahre		Insgesamt	darunter 60-64 Jahre		Insgesamt	darunter 60-64 Jahre	
	absolut		Anteil in %	absolut		Anteil in %	absolut		Anteil in %	absolut		Anteil in %	absolut		Anteil in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Insgesamt	**25.937.677**	**720.236**	**2,8**	**26.603.411**	**778.208**	**2,9**	**27.224.677**	**847.496**	**3,1**	**27.337.349**	**958.978**	**3,5**	**27.398.408**	**1.078.877**	**3,9**
Verkehrs-, Lager-,Transport-, Sicherheits- und Wachberufe	2.330.559	76.108	3,3	2.412.161	83.202	3,4	2.472.840	91.565	3,7	2.432.498	103.523	4,3	2.421.952	117.151	4,8
Gastronomie- und Reinigungsberufe	1.813.088	51.230	2,8	1.852.763	56.384	3,0	1.908.949	63.699	3,3	1.937.184	74.006	3,8	1.965.960	84.698	4,3
Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe	575.860	29.152	5,1	595.768	29.012	4,9	636.939	29.728	4,7	657.364	31.251	4,8	664.282	32.860	4,9
Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche Berufe	368.758	11.531	3,1	387.623	11.791	3,0	409.685	12.388	3,0	424.724	13.378	3,1	430.122	14.616	3,4
Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger	3.272.029	61.616	1,9	3.320.430	67.320	2,0	3.412.876	75.163	2,2	3.532.506	87.839	2,5	3.670.278	104.195	2,8

Erstellungsdatum: 13.12.2010, Statistik Datenzentrum

1) Bis zum Ablauf von drei Jahren nach Auswertungsstichtag bzw. -zeitraum haben Ergebnisse aus der Beschäftigungsstatistik den Status "vorläufig".

Tabelle 4: Bestand an Arbeitslosen nach ausgewähltem Alter

Deutschland
Zeitreihe
Aus IT-Systemen der Bundesagentur für Arbeit, ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger.

Berichtsmonat	Bestand an Arbeitslosen nach ausgewählten Berufshauptfeldern																	
	Insgesamt			Verkehrs-, Lager-Transport-, Sicherheits- und Wachberufe			Gastronomie- und Reinigungsberufe			Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe			Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche Berufe			Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger		
	absolut	dar. 60 - 64 Jahre		absolut	dar. 60 - 64 Jahre		absolut	dar. 60 - 64 Jahre		absolut	dar. 60 - 64 Jahre		absolut	dar. 60 - 64 Jahre		absolut	dar. 60 - 64 Jahre	
		absolut	Anteil in %		absolut	Anteil in %		absolut	Anteil in %		absolut	Anteil in %		absolut	Anteil in %		absolut	Anteil in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Mrz 2006	4.567.420	59.747	1,3	573.108	6.521	1,1	632.347	8.252	1,3	73.585	2.388	3,2	86.766	1.459	1,7	265.960	2.304	0,9
Nov 2006	3.640.501	45.262	1,2	477.756	4.588	1,0	598.632	6.585	1,1	58.470	1.694	2,9	79.927	1.139	1,4	246.637	1.930	0,8
Mrz 2007	3.773.451	43.073	1,1	498.031	4.526	0,9	585.688	5.843	1,0	55.843	1.563	2,8	81.755	1.093	1,3	229.270	1.750	0,8
Nov 2007	3.062.579	25.865	0,8	398.295	2.565	0,6	517.489	3.331	0,6	47.017	1.025	2,2	72.690	740	1,0	200.820	1.175	0,6
Mrz 2008	3.197.309	31.757	1,0	418.947	3.387	0,8	519.384	3.536	0,7	46.893	1.422	3,0	73.232	802	1,1	189.888	1.515	0,8
Nov 2008	2.712.301	56.374	2,1	362.464	6.395	1,8	464.374	5.566	1,2	44.872	2.596	5,8	63.179	1.181	1,9	168.889	2.929	1,7
Mrz 2009	3.295.246	79.103	2,4	467.136	9.887	2,1	505.054	6.890	1,4	51.891	3.458	6,7	69.418	1.351	1,9	171.707	3.831	2,2
Nov 2009	2.939.744	96.469	3,3	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Mrz 2010	3.277.602	123.042	3,8	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Nov 2010	2.671.275	142.702	5,3	373.488	18.694	5,0	467.185	11.654	2,5	57.285	6.276	11,0	67.023	2.344	3,5	159.844	6.217	3,9

Erstellungsdatum: 13.12.2010, Statistik Datenzentrum

X) Statistische Auswertungen nach dieser Zielberufskategorie können von Berichtsmonat September 2009 bis einschließlich Mai 2010 (gemeldete Arbeitsstellen) bzw. Juni 2010 (Arbeitslose/Arbeitsuchende) nicht zur Verfügung gestellt werden.

Tabelle 5: Abgang an gemeldeten Arbeitsstellen nach der durchschnittlichen Dauer der Vakanzzeit in Tagen ausgewählter Berufshauptfelder

Deutschland
Zeitreihe

Jahres-/Teiljahressumme	Stellen	Durchschnittliche Vakanzzeit in Tagen in ausgewählten Berufshauptfeldern					
		Insgesamt	Verkehrs-, Lager- Transport-, Sicherheits- und Wachberufe	Gastronomie- und Reinigungsberufe	Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe	Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche Berufe	Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger
		1	2	3	4	5	6
Jahressumme 2006	Arbeitsstellen	53	47	45	60	69	47
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	53	47	45	60	70	46
Jahressumme 2007	Arbeitsstellen	65	59	53	68	86	50
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	66	59	53	67	86	49
Jahressumme 2008	Arbeitsstellen	64	61	56	64	79	52
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	65	62	58	64	79	51
Summe Juni-November 2010	Arbeitsstellen	55	46	54	60	69	66
	dar.: Sozialversicherungspflichtig	54	44	54	60	68	66

Erstellungsdatum: 13.12.2010, Statistik Datenzentrum

Tabelle 6: Bestand an Arbeitsuchenden und darunter Arbeitslose

Deutschland
Zeitreihe
Aus IT-Systemen der Bundesagentur für Arbeit, ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger.

Berichts-monat	Arbeitsuchende						darunter: Arbeitslose					
	Insgesamt	darunter: Verkehrs- Lager-, Transport-, Sicherheits- und Wachberufe	Gastronomie- und Reinigungs-berufe	Rechts-, Management- und wirtschafts-wissen-schaftliche Berufe	Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissen-schaftliche Berufe	Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger	Insgesamt	darunter: Verkehrs- Lager-, Transport-, Sicherheits- und Wachberufe	Gastronomie- und Reinigungs-berufe	Rechts-, Management- und wirtschafts-wissen-schaftliche Berufe	Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissen schaftliche Berufe	Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Mrz 2006	6.518.628	785.589	870.924	111.678	128.842	432.072	4.567.420	573.108	632.347	73.585	86.766	265.960
Nov 2006	5.860.935	726.551	864.878	96.631	127.780	412.192	3.640.501	477.756	598.632	58.470	79.927	246.637
Mrz 2007	6.049.537	740.172	864.895	93.521	135.711	408.710	3.773.451	498.031	585.688	55.843	81.755	229.270
Nov 2007	5.336.763	657.198	802.790	85.346	131.677	370.379	3.062.579	398.295	517.489	47.017	72.690	200.820
Mrz 2008	5.215.091	650.372	778.646	82.265	128.523	347.859	3.197.309	418.947	519.384	46.893	73.232	189.888
Nov 2008	4.977.202	625.577	765.168	82.633	121.220	331.272	2.712.301	362.464	464.374	44.872	63.179	168.889
Mrz 2009	5.423.970	712.013	784.674	90.629	127.002	325.383	3.295.246	467.136	505.054	51.891	69.418	171.707
Nov 2009	5.470.498	x	x	x	x	x	2.939.744	x	x	x	x	x
Mrz 2010	5.549.734	x	x	x	x	x	3.277.602	x	x	x	x	x
Nov 2010	4.965.412	662.312	810.816	100.109	128.697	322.434	2.671.275	373.488	467.185	57.285	67.023	159.844

Erstellungsdatum: 13.12.2010, Statistik Datenzentrum

X) Statistische Auswertungen nach dieser Zielberufskategorie können von Berichtsmonat September 2009 bis einschließlich Mai 2010 (gemeldete Arbeitsstellen) bzw. Juni 2010 (Arbeitslose/Arbeitsuchende) nicht zur Verfügung gestellt werden.

Tabelle 7: Bestand an Arbeitsuchenden und Arbeitslosen in ausgewählten Berufshauptfeldern

Deutschland
November 2010
Aus IT-Systemen der Bundesagentur für Arbeit, ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger.

Merkmale	Arbeitsuchende					Arbeitslose				
	Berufshauptfelder									
	Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits- und Wachberufe	Gastronomie- und Reinigungsberufe	Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe	Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche Berufe	Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger	Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits- und Wachberufe	Gastronomie- und Reinigungsberufe	Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe	Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche Berufe	Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	absolut									
Insgesamt	662.312	810.816	100.109	128.697	322.434	373.488	467.185	57.285	67.023	159.844
Geschlecht										
Männer	545.642	208.527	59.808	61.634	50.540	306.872	116.685	35.744	33.141	25.627
Frauen	116.670	602.289	40.301	67.063	271.894	66.616	350.500	21.541	33.882	134.217
Altersguppen										
unter 25 Jahre	53.207	67.035	1.567	7.953	39.565	27.485	35.997	824	4.098	18.622
25 bis unter 50 Jahre	414.823	512.240	68.720	94.959	210.452	231.328	299.881	37.335	48.886	102.897
50 bis unter 65 Jahre	194.179	231.476	29.791	25.698	72.373	114.675	131.306	19.126	14.039	38.325
Staat										
Deutsche	542.888	576.710	92.982	115.253	286.842	305.791	332.934	53.127	59.867	141.363
Ausländer	118.550	232.588	7.073	13.361	35.380	67.210	133.386	4.131	7.115	18.388
Dauer Asu / Alo										
unter 12 Monate	306.475	337.290	71.206	73.299	186.931	136.374	284.763	46.095	49.261	119.784
12 Monate und länger	355.837	473.526	28.903	55.398	135.503	237.114	182.422	11.190	17.762	40.060
	Anteil in %									
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Geschlecht										
Männer	82,4	25,7	59,7	47,9	15,7	82,2	25,0	62,4	49,4	16,0
Frauen	17,6	74,3	40,3	52,1	84,3	17,8	75,0	37,6	50,6	84,0
Altersguppen										
unter 25 Jahre	8,0	8,3	1,6	6,2	12,3	7,4	7,7	1,4	6,1	11,7
25 bis unter 50 Jahre	62,6	63,2	68,6	73,8	65,3	61,9	64,2	65,2	72,9	64,4
50 bis unter 65 Jahre	29,3	28,5	29,8	20,0	22,4	30,7	28,1	33,4	20,9	24,0
Staat										
Deutsche	82,0	71,1	92,9	89,6	89,0	81,9	71,3	92,7	89,3	88,4
Ausländer	17,9	28,7	7,1	10,4	11,0	18,0	28,6	7,2	10,6	11,5
Dauer Asu / Alo										
unter 12 Monate	46,3	41,6	71,1	57,0	58,0	36,5	61,0	80,5	73,5	74,9
12 Monate und länger	53,7	58,4	28,9	43,0	42,0	63,5	39,0	19,5	26,5	25,1

Erstellungsdatum: 13.12.2010, Statistik Datenzentrum

Tabelle 8: Entwicklung des Medians der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende)

- Arbeitsort: Deutschland -

Stichtage	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) mit Angabe zu Entgelten											
	insgesamt		Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits- und Wachberufe		Gastronomie- und Reinigungsberufe		Rechts-, Management- und wirtschafts-wissenschaftliche Berufe		Künstlerische, medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche Berufe		Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger	
	Anzahl	Median der durchschnitt-lichen monatlichen Entgelte in Euro	Anzahl	Median der durchschnitt-lichen monatlichen Entgelte in Euro	Anzahl	Median der durchschnitt-lichen monatlichen Entgelte in Euro	Anzahl	Median der durchschnitt-lichen monatlichen Entgelte in Euro	Anzahl	Median der durchschnitt-lichen monatlichen Entgelte in Euro	Anzahl	Median der durchschnitt-lichen monatlichen Entgelte in Euro
31.12.2000	21.094.160	2.367	2.140.821	2.140	1.106.597	1.498	534.975	x	274.658	2.971	1.936.207	2.233
31.12.2001	21.120.003	2.430	2.138.487	2.173	1.122.124	1.509	544.741	x	282.481	3.043	1.979.013	2.274
31.12.2002	20.570.052	2.478	2.080.040	2.203	1.095.634	1.526	535.591	x	274.511	3.086	1.988.625	2.298
31.12.2003	20.078.481	2.517	2.042.101	2.226	1.053.635	1.539	523.484	x	265.785	3.123	1.977.355	2.328
31.12.2004	19.564.175	2.542	2.015.795	2.231	1.017.099	1.532	515.800	x	262.205	3.125	1.904.491	2.354
31.12.2005	19.288.246	2.558	1.999.505	2.233	997.283	1.539	509.303	x	263.959	3.110	1.892.893	2.363
31.12.2006	19.791.463	2.562	2.047.363	2.221	1.005.001	1.536	531.501	x	281.801	3.058	1.934.098	2.348
31.12.2007	20.217.109	2.592	2.092.804	2.228	1.024.448	1.544	568.870	x	299.068	3.015	1.979.265	2.352
31.12.2008	20.335.150	2.652	2.084.465	2.263	1.033.490	1.558	589.259	x	309.268	3.027	2.024.410	2.375
31.12.2009	20.026.993	2.676	2.026.793	2.268	1.031.079	1.569	589.025	x	309.297	3.063	2.083.706	2.421

x = Nachweis nicht sinnvoll, da errechneter Wert über der niedrigsten, für dieses Gebiet geltenden Beitragsbemessungsgrenze liegt.

Tabelle 9: Beschäftigte mit Niedriglohn im Oktober 2006

Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2006 - Beschäftigte in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten, im Alter von 15 bis 64 Jahren ohne Auszubildende und Altersteilzeit

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Normalarbeit-nehmer/innen	Atypisch Beschäftige	Darunter			
				Teilzeit-beschäftigte	befristet Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeit-nehmer/innen
	Niedriglohngrenze bei zwei Dritteln des Medians vom Bruttostundenlohn (= 9,85 Euro)						
Insgesamt	3 746 372	1 596 663	2 149 709	253 561	435 015	1 205 449	255 683
ohne Berufsausbildung	782 415	244 003	538 412	63 428	106 502	264 104	104 379
mit Berufsausbildung	1 566 215	899 061	667 154	80 796	181 645	287 130	117 583
Hochschulabschluss	90 702	59 457	31 245	2 737	15 756	10 347	2 405
ohne Angabe	1 307 041	394 143	912 898	106 600	131 112	643 869	31 316
Bergbau (C)	3 325	1 934	1 391	100	480	811	-
Verarbeitendes Gewerbe (D)	770 600	439 425	331 175	32 013	93 468	205 694	-
Energie- und Wasserversorgung (E)	3 526	759	2 768	191	928	1 649	-
Baugewerbe (F)	108 324	70 566	37 758	5 324	11 769	20 664	-
Handel; Instandhaltung und Reparaturen (G)	652 868	268 275	384 592	45 350	57 235	282 007	-
Gastgewerebe (H)	248 479	116 191	132 288	21 160	32 751	78 377	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (I)	285 042	154 618	130 423	14 126	28 183	88 115	-
Kredit- und Versicherungsgewerbe (J)	23 813	4 761	19 052	2 122	3 889	13 041	-
Grundstücks- und Wohnungswesen; Vermietung (K)	1 016 226	262 822	753 404	79 986	90 124	327 610	255 683
Erziehung und Unterricht (M)	71 226	47 523	23 703	3 617	20 086	-	-
Gesundheits-, Vetrinär- und Sozialwesen (N)	363 321	139 610	223 711	35 625	61 041	127 044	-
Sonstige öff. und private Dienstleistungen (O)	199 624	90 178	109 446	13 946	35 062	60 438	-

Quelle: Destatis, Verdienststrukturerhebung

Tabelle 10: Bestand an Teilnehmern in beruflicher Weiterbildung FbW nach dem Schulungsziel (Berufsgruppe, 2-Steller) - ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger

Deutschland
August 2010, Datenstand: November 2010

Schulungsziel	Insgesamt[1]
Insgesamt	**158.685**
01 Landwirte	31
02 Tierzüchter, Fischereiberufe	7
03 Verwalter, Berater in der Landwirtschaft und Tierzucht	*
04 Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Tierpfleger	61
05 Gartenbauer	863
06 Forst-, Jagdberufe	8
07 Bergleute	-
08 Mineral-, Erdöl-, Erdgasgewinner	-
09 Mineralaufbereiter	-
10 Steinbearbeiter	36
11 Baustoffhersteller	108
12 Keramiker	7
13 Glasmacher	4
14 Chemiearbeiter	600
15 Kunststoffverarbeiter	231
16 Papierhersteller, -verarbeiter	15
17 Drucker	960
18 Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	29
19 Metallerzeuger, Walzer	132
20 Former, Formgießer	130
21 Metallverformer (spanlos)	52
22 Metallverformer (spanend)	3.305
23 Metalloberflächenbearbeiter, -vergüter, - beschichter	11
24 Metallverbinder	2.818
25 Schmiede	258
26 Feinblechner, Installateure	738
27 Schlosser	2.818
28 Mechaniker	2.564
29 Werkzeugmacher	203
30 Metallfeinbauer und zugeordnete Berufe	139
31 Elektriker	3.816
32 Montierer und Metallberufe, a.n.g.	567
33 Spinnberufe	-

Schulungsziel	Insgesamt[1]
34 Textilhersteller	22
35 Textilverarbeiter	84
36 Textilveredler	-
37 Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	38
39 Back-, Konditorwarenhersteller	46
40 Fleisch-, Fischverarbeiter	44
41 Speisenbereiter	1.244
42 Getränke-, Genußmittelhersteller	5
43 Übrige Ernährungsberufe	42
44 Maurer, Betonbauer	335
45 Zimmerer, Dachdecker, Gerüstbauer	231
46 Straßen-, Tiefbauer	73
47 Bauhilfsarbeiter	77
48 Bauausstatter	404
49 Raumausstatter, Polsterer	99
50 Tischler, Modellbauer	797
51 Maler, Lackierer und verwandte Berufe	830
52 Warenprüfer, Versandfertigmacher	2.044
53 Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	990
54 Maschinisten und zugehörige Berufe	1.776
60 Ingenieure	1.211
61 Chemiker, Physiker, Mathematiker	37
62 Techniker	1.648
63 Technische Sonderfachkräfte	1.417
68 Warenkaufleute	8.342
69 Bank-, Versicherungskaufleute	1.478
70 Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	3.949
71 Berufe des Landverkehrs	8.847
72 Berufe des Wasser- und Luftverkehrs	114
73 Berufe des Nachrichtenverkehrs	63
74 Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter	5.988
75 Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer	5.223
76 Abgeordnete, administrativ entscheidende Berufstätige	44
77 Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute	10.916
78 Bürofach-, Bürohilfskräfte	25.262
79 Dienst-, Wachberufe	3.349
80 Sicherheitswahrer	559

Schulungsziel	Insgesamt[1]
81 Rechtswahrer, -berater	253
82 Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	636
83 Künstler und zugeordnete Berufe	1.391
84 Ärzte, Apotheker	89
85 Übrige Gesundheitsdienstberufe	7.603
86 Sozialpflegerische Berufe	20.113
87 Lehrer	1.021
88 Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe, a.n.g.	1.229
89 Seelsorger	*
90 Körperpfleger	1.469
91 Gästebetreuer	1.189
92 Hauswirtschaftliche Berufe	1.635
93 Reinigungsberufe	315
97 Mithelfende Familienangeh.(nicht Landw.)	-
98 Arbeitskräfte mit noch nicht bestimmtem Beruf	13.542
99 Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe	21
95 Grundkenntnisse	-
96 Grundkenntnisse	*
00 Berufsfindung und Grundausbildung	36

Erstellungsdatum: 10.12.2010, Statistik Datenzentrum

Tabelle 11: Bestand an nichtarbeitslos gemeldeten erwerbsfähigen Personen (58 Jahre und älter)

Deutschland
August und November 2010

Hierfür können aus verarbeitsungstechnischen Gründen die von den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) gelieferten Daten zur Zeit noch nicht berücksichtigt werden.

Berufs-gruppen	Bestand an nichtarbeitslosen erwerbsfähigen Personen (58 Jahre und älter)		
		August 2010	November 2010
		1	2
	Insgesamt	**439.205**	**447.247**
01	01 Landwirte	359	467
02	02 Tierzüchter, Fischereiberufe	280	280
03	03 Verwalter, Berater in der Landwirtschaft und Tierzucht	314	376
04	04 Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Tierpfleger	2.344	2.544
05	05 Gartenbauer	9.198	9.897
06	06 Forst-, Jagdberufe	351	377
07	07 Bergleute	132	122
08	08 Mineral-, Erdöl-, Erdgasgewinner	18	20
09	09 Mineralaufbereiter	28	30
10	10 Steinbearbeiter	128	189
11	11 Baustoffhersteller	130	131
12	12 Keramiker	194	184
13	13 Glasmacher	209	207
14	14 Chemiearbeiter	981	975
15	15 Kunststoffverarbeiter	1.249	1.200
16	16 Papierhersteller, -verarbeiter	613	598
17	17 Drucker	1.579	1.589
18	18 Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	762	798
19	19 Metallerzeuger, Walzer	268	251
20	20 Former, Formgießer	297	274
21	21 Metallverformer (spanlos)	519	509
22	22 Metallverformer (spanend)	1.949	1.907
23	23 Metalloberflächenbearbeiter, -vergüter, - beschichter	281	291
24	24 Metallverbinder	1.366	1.377
25	25 Schmiede	378	371
26	26 Feinblechner, Installateure	2.026	2.043
27	27 Schlosser	6.486	6.460
28	28 Mechaniker	2.546	2.517
29	29 Werkzeugmacher	449	423

Berufs-gruppen	Bestand an nichtarbeitslosen erwerbsfähigen Personen (58 Jahre und älter)		
		August 2010	November 2010
		1	2
30	30 Metallfeinbauer und zugeordnete Berufe	609	594
31	31 Elektriker	5.612	5.628
32	32 Montierer und Metallberufe, a.n.g.	9.066	9.183
33	33 Spinnberufe	290	271
34	34 Textilhersteller	263	268
35	35 Textilverarbeiter	2.894	2.858
36	36 Textilveredler	77	75
37	37 Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	404	405
39	39 Back-, Konditorwarenhersteller	821	817
40	40 Fleisch-, Fischverarbeiter	828	846
41	41 Speisenbereiter	14.133	14.664
42	42 Getränke-, Genußmittelhersteller	100	110
43	43 Übrige Ernährungsberufe	401	440
44	44 Maurer, Betonbauer	4.368	4.738
45	45 Zimmerer, Dachdecker, Gerüstbauer	1.327	1.443
46	46 Straßen-, Tiefbauer	1.719	1.942
47	47 Bauhilfsarbeiter	3.682	3.766
48	48 Bauausstatter	2.059	2.092
49	49 Raumausstatter, Polsterer	535	536
50	50 Tischler, Modellbauer	2.461	2.544
51	51 Maler, Lackierer und verwandte Berufe	3.352	3.410
52	52 Warenprüfer, Versandfertigmacher	11.623	11.679
53	53 Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	13.596	13.843
54	54 Maschinisten und zugehörige Berufe	4.131	4.499
60	60 Ingenieure	4.810	4.813
61	61 Chemiker, Physiker, Mathematiker	518	513
62	62 Techniker	4.525	4.573
63	63 Technische Sonderfachkräfte	1.526	1.548
68	68 Warenkaufleute	33.411	34.195
69	69 Bank-, Versicherungskaufleute	1.568	1.613
70	70 Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	3.719	3.826
71	71 Berufe des Landverkehrs	14.958	15.714
72	72 Berufe des Wasser- und Luftverkehrs	397	390
73	73 Berufe des Nachrichtenverkehrs	2.063	2.083
74	74 Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter	19.007	19.411
75	75 Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer		

Berufs-gruppen	Bestand an nichtarbeitslosen erwerbsfähigen Personen (58 Jahre und älter)		
		August 2010	November 2010
		1	2
		5.293	5.632
76	76 Abgeordnete, administrativ entscheidende Berufstätige	91	93
77	77 Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute	7.097	7.303
78	78 Bürofach-, Bürohilfskräfte	33.662	34.476
79	79 Dienst-, Wachberufe	38.229	39.097
80	80 Sicherheitswahrer	232	244
81	81 Rechtswahrer, -berater	285	295
82	82 Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	1.835	1.881
83	83 Künstler und zugeordnete Berufe	3.408	3.575
84	84 Ärzte, Apotheker	501	511
85	85 Übrige Gesundheitsdienstberufe	4.441	4.478
86	86 Sozialpflegerische Berufe	10.582	11.067
87	87 Lehrer	3.765	3.686
88	88 Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe, a.n.g.	2.089	2.131
89	89 Seelsorger	82	73
90	90 Körperpfleger	1.721	1.753
91	91 Gästebetreuer	7.764	7.827
92	92 Hauswirtschaftliche Berufe	8.327	8.701
93	93 Reinigungsberufe	38.033	39.155
98	98 Arbeitskräfte mit noch nicht bestimmtem Beruf	3.803	3.331
99	99 Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe	26	23
XX	Keine Zuordnung möglich	1.390	1.310
ZZ	Keine Angabe	60.262	58.868

Erstellungsdatum: 13.12.2010, Statistik Datenzentrum



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333